### Editorial

Mehr als zehn Jahre nach der „Wende“ sind die Gewerkschaften Ost- und Südosteuropas mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert:
- Sie haben ihren einst quasi offiziellen Status ausnahmslos verloren und werden von Regierungen und Öffentlichkeit nur als private Interessenverbände betrachtet.
- Ihr Einfluss auf nationaler Ebene hat sich verringert, die Mitgliederzahlen sind stark gesunken – in kaum einem Land ist auch nur annähernd die Hälfte der Berufstätigen gewerkschaftlich organisiert, und in den meisten Klein- und Mittelbetrieben ist es den Gewerkschaften noch immer nicht gelungen, Fuß zu fassen.
- Sie sind zwar in den meisten Ländern in sozialpartnerschaftliche (tripartite) Gremien eingebunden, sitzen dort jedoch oft einer geschlossenen Front von Arbeitgeber- und Regierungsräten gegenüber; ihre Chancen, sich durchzusetzen, halten sich in Grenzen.
- Die finanziellen Mittel sind äußerst beschränkt. Der überwiegende Teil der eingehobenen Mitgliedsbeiträge bleibt auf Betriebebene, die Gewerkschaftsapparate und im Besonderen die zentralen sind unterbesetzt.


_Ulf Brunnbauer, Johann Gaisbacher_  
_Titelbild: Peter Scherrer_
Die „alt-neue“ Gewerkschaftsbewegung: Eine Zwischenbilanz

von Walter Sauer

Das Ende des Realsozialismus bedeutete für die Gewerkschaften in Ost- und Südosteuropa einen enormen Rollenverlust. Die Adaption an kapitalistische Bedingungen erweist sich als sehr schwierig, obwohl sich auch neue Chancen boten.


Als neue Schwerpunkte der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa kristallisierten sich daher die folgenden heraus:

- organisatorische Stärkung und Festigung einer unabhängigen und demokratischen Gewerkschaftsbewegung
- Modernisierung und Absicherung von sozialen Standards auf möglichst hoher Ebene
- Aufbau einer funktionierenden gewerkschaftlichen Gegenmacht gegen die Dominanz multinationaler Konzer- ne und sozial uninteressierter, oft gewerkschaftsfendlindlicher Regierungen


Die „Transformation“ als gewerkschaftliches Problem

Um die besonderen Herausforderungen, mit denen unsere gewerkschaftlichen Partner in Mittel- und Osteuropa konfrontiert sind, verstehen zu können, müssen nicht nur ihre besonderen Erfahrungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Betracht gezogen werden, sondern auch der Verlauf des Systemwechsels, also des Übergangs vom Sozialismus (europäische Prätigung) zum Kapitalismus (US-amerikanischer Prätigung) und seine Folgen für Politik und Wirtschaft, aber auch Mentalität. Diese tiefgreifende gesellschaftspolitische Entwicklung, die oft als „Transformation“ bezeichnet wird, ist nicht nur ungeplant, „schockartig“ und daher vielfach chaotisch vor sich gegangen, sondern zum großen Teil ohne oder sogar gegen die Arbeiterbewegung und ihre Interessen. Aus gewerkschaftlicher Sicht kann über den Systemwechsel folgende Bilanz gezogen werden:

Gesellschafts- und demokratiepoli- tisch bekennen sich die Verfassungen aller Reformländer zum Privateigentum an Produktionsmitteln (Grund und Boden, Industriekapital etc.), zu den grundlegenden bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten (gleiches und freies Wahlrecht, Meinungs- und Organisationsfreiheit, Medienfreiheit etc.) sowie zur staatlichen Gewaltentei- lung. In der Praxis freilich lässt die Umsetzung dieser Grundrechte für das Gros der Bevölkerung nach wie vor zu wünschen übrig; während sich einheimische

Bemerkenswert ist die Entwicklung im größten und bedeutendsten Staat der Region, in der Russischen Föderation, wo die politische Stabilisierung mit einer verstärkt autoritären Regierungspraxis Hand in Hand geht (schon 1995 hatten Umfragen zufolge zwei Drittel der russischen Bevölkerung „Ordnung“ höher bewertet als „Demokratie“).

Wirtschaftspolitisch haben die gezielte Zerstörung des osteuropäischen Wirtschaftsraums, die teilweise ideologisch bedingte Öffnung der Märkte für westliche Produkte sowie die überhastet und vielfach korrupt durchgeführte Privatisierung der verstaatlichten Industrien in den meisten Ländern zu einer schweren Wirtschaftskrise geführt; hinzu kamen das plötzliche Fehlen einer staatlichen wirtschaftspolitischen Konsequenz, die generell ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (etwa in Bezug auf die Auslandsverschuldung). Kein Wunder, dass in den ersten Jahren nach 1990 die Industrieproduktion in Russland auf die Hälfte zurückging, in Bulgarien um ein Drittel, in den meisten anderen Staaten um bis zu 20 %. Generell kam es in allen Reformstaaten zu einem mehr oder weniger starken Absinken des Bruttoinlandsprodukts und damit des Lebensstandards, wobei die Entwicklung je nach nationalen Rahmenbedingungen allerdings sehr unterschiedlich verlief und nicht zuletzt davon beeinflusst wurde, ob die wirtschaftlichen Strukturveränderungen eher gleichend und somit sozialerlicher durchgeführt wurden oder ohne entsprechende Vorbereitung („Schocktherapie“).


Veränderungen in der Gewerkschaftsbewegung


Gesellschaftliche und politische Funktion

Im „realen Sozialismus“ der osteuropäischen Länder hatten die Gewerkschaften als die gesellschaftliche Organisation der Arbeiterklasse eine wichtige und staatstragende Stellung innegehabt. Die Zuerkennung eines bestimmten Kontingents an Parlamentsmandaten an den Gewerkschaftsbund (wie auch an andere gesellschaftliche Organisationen) in der früheren Deutschen Demokratischen Republik war in dieser Hinsicht zwar ein Sonderfall, doch sah auch die Verfassung der Sowjetunion das Recht der Gewerkschaften vor, Kandidaten zur Wahl in die Sowjets aller Ebenen aufzustellen; in den übrigen osteuropäischen Ländern, etwa in Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei, wurden Gewerkschaftsfunktionäre


Auch eine politisch abgesicherte Vertretung der Arbeitnehmerbewegung in den Parlamenten besteht nicht mehr. In mehreren Ländern hat sich vielmehr eine weitgehende politische Abstinentz der Gewerkschaften durchgesetzt (Spitzenfunktionäre dürfen keiner politischen Partei angehören), so in Slowenien oder in der Tschechischen Republik (wenngleich die ursprünglich strikte Haltung von ČMKOS durch die Wahl führender Gewerkschafter als parteiunabhängige Kandidaten in den Senat aufgelockert wurde). In anderen Ländern bzw. Organisationen gehören führende Funktionäre als Personen den jeweiligen Parlamenten an (meist als Abgeordnete sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien), etwa in Ungarn oder bei der polnischen OPZZ. In der russischen Duma haben die Gewerkschaften nahestehende Abgeordnete eine „Gewerkschaftslobby“ gegründet. Sonderfall ist die Gewerkschaftszentrale Solidarność in Polen, die traditionell auch als politische Partei auftritt bzw. eng mit konservativen Parteien verflochten ist (bis vor kurzem war die Wahlaktion Solidarność sogar die führende Regierungspartei).

**Struktur und Selbstverständnis**

In Bezug auf die gewerkschaftlichen Organisationsformen ist die Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas vor allem durch folgende vier Elemente gekennzeichnet:

Erstens durch den Zerfall der früher bestehenden einheitlichen und straff zentralisierten Gewerkschaftsbünde in zahlreiche lokale, regionale, Branchen- oder Richtungsgewerkschaften, die nun entweder vollkommen selbständig agieren oder sich lose in neuen Dachorganisationen zusammengeschlossen haben. Die Ursachen dafür sind im Wiederaufleben von oft traditionellen Betriebs- oder Branchenidentitäten zu suchen, aber auch in politischen, nationalen und personellen Konflikten. Klassische Beispiele dafür sind etwa, vereinfacht dargestellt, das Auseinanderbrechen des früheren ungarischen Gewerkschaftsbundes SZOT in vier Nachfolgeverbände, der Zerfall des Bundes der Gewerkschaften Jugoslawiens in einzelne Republikverbände (die sich dann wiederum in mehrere Organisationen aufspalteten) oder die Ausdifferenzierung der tschechischen Gewerkschaftsbewegung in ČMKOS, ASO und KUK.

gleich die Beilegung eines Jahrzehnte währenden ideologischen und politischen Konflikts. Als hingen noch nicht abgeschlossen müssen die internen Erneuerungsbestrebungen im All-Polnischen Gewerkschaftsverband OPZZ oder im Slowakischen Gewerkschaftsbund (SSS) gelten.


Als Modellfall dieses Organisationstyps ist zweifellos die polnische Solidarność zu nennen, der zum einen über lange Zeiträume hinweg die Mobilisierung großer Teile der Arbeiterchaft im Kampf gegen Kriegsrecht und Sozialismus in Polen gelungen ist, die zum anderen jedoch die notwendige Abgabe politischer Funktionen an die neugewählte Staatsmacht, die Distanzierung von den Prozessen der Parteienbildung sowie die Herausforderungen einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung nur mit Schwierigkeiten meistert.


**Gewerkschaftliche Interessenvertretung**


Entscheidende Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene wurden und werden in Mittel- und Osteuropa häufig nicht in Bezug auf Löhne, sondern um den Erhalt traditioneller Sozialleistungen bzw. -leistungen geführt. Von den neuen Eigentümern bzw. einem nunmehr rein betriebswirtschaftlich denkenden Management werden betriebliche Kindergärten, Sportanlagen, Erholungshäuser oder Kaufhäuser aus Kostengründen in der Regel nicht weitergeführt. Da übergeordnete Sozialleistungen für die Beschäftigten jedoch oft nicht mehr oder noch nicht bestehen, bricht dadurch ein großer Teil der sozialen Versorgung der Bevölkerung zu-


**Das Organisationspektrum in Zentraleuropa – ein Überblick**

In der Tschechischen Republik ist die Tschechisch-Mährische Gewerkschaftskonföderation (ČMKOS) zwar nicht der einzige, zweifellos aber der zentrale Ansprechpartner in gewerkschaftlichen Fragen. ČMKOS repräsentiert mit derzeit 30 sehr autonom agierenden Einzelgewerkschaften einen Großteil der tschechischen Wirtschaftsbranchen und verfügt in allen Bezirken Tschechiens über regionale Vertretungen und Beratungsbüros. Internationale Zusammenarbeit wird von ČMKOS, der Mitglied des IFBG und EGB, auf nationaler Ebene spielt die Konföderation die führende Rolle bei der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der sog. Tripartit, dem Beratungsgremium der Regierung mit den Sozialpartnern. Organisationspolitisch einschränkend muss allerdings festgestellt werden, dass wesentliche Industriegewerkschaften ČMKOS nicht (oder nicht mehr) angehören, etwa die Verbände Landwirtschaft und Eisenbahn, die einen eigenen, losen Dachverband (die Assoziation der selbstständigen Gewerkschaften) gegründet haben, sowie die Gewerkschaften der Kultursphäre, die seit 1990 über einen eigenen Dachverband (KUK) verfügen. Weitere besonders einflussreiche kommunistische Gewerkschaften sowohl als auch kleinchristdemokratisch orientierte Organisationen. Die eindeutig größte Organisation ist aber mit über 900.000 zahlen den Mitgliedern ČMKOS; insgesamt liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei ungefähr 30 %.

Wie angesichts der bis 1993 gemeinsamen Geschichte nicht anders zu erwarten, ist die Situation in der Slowakischen Republik ähnlich; die Dominanz eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes konnte sich hier sogar noch stärker erhalten als in Tschechien. Die Konföderation der slowakischen Gewerkschaftsverbände (KOZ SR) vereinigt heute 38 (einfach mehr als genannt) Branchengewerkschaften mit insgesamt 700.000 zahlen den Mitgliedern. Außerhalb von KOZ SR bestehen mehrere kleinere Organisationen, so die Kultur gewerkschaft KUK sowie ein christdemokratisch orientierter Verband; Versuche des früheren Ministerpräsidenten Mediar, regierungstreue „gelbe“ Gewerkschaften zu installieren, spielen heute keine Rolle mehr. Insgesamt sind in der Slowakei etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Auch KOZ SR ist Mitglied von IFBG und EGB.

Im Unterschied zu den beiden vorgenannten Ländern ist Ungarn durch eine starke Auffächerung der gewerkschaftlichen Strukturen, aber auch durch die zunehmende Bereitschaft zu Zusammenarbeit und einheitlicher Aktion gekennzeichnet. Derzeit bestehen sechs anerkannte Gewerkschaftskonföderationen (jeweils mit Mitgliedsverbänden in allen oder einigen Branchen). Der Landesverband der ungarischen Gewerkschaften (MSzOSz), der Verband der Autonomen Gewerkschaften (ASzSz), die Demokratische Liga (VDSz) und der Verband der Arbeiterräte (MOsz) vereinigen in erster Linie Gewerkschaften aus der Industrie, während das Forum der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit (SzEF) und der Gewerkschaftsverband der Intellektuellen (ÉSZT) den Öffentlichen Dienst repräsentieren. Alle sechs ungarischen Bünde gehören dem EGB an; MSzOSz, Liga und Autonome sind darüber hinaus auch Mitglieder des IFBG, während die Arbeiterräte dem Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) beigetreten sind. Gemeinsam mit den Mitgliedszahlen gelten MSzOSz und SzEF (mit jeweils ca. 400.000 Mitgliedern) als die größten Organisationen; insgesamt wird die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Ungarn auf etwa 1,2 Mio. geschätzt, was einen Organisationsgrad der Beschäftigten von etwa 30 % ergibt. Die Zusammenarbeit zwischen den sechs Bünden und ihren Gewerkschaften hat sich seit dem Abkommen von Mährádza (23. Mai 2000) wesentlich verbessert; so werden internationale Aktivitäten, die Bildungsarbeit sowie die Vorbereitung auf den EU-Beitritt eng koordiniert. Mit EU-Fragen befassen sich insbesondere die gemeinsame Integrationskommission der ungarischen Gewerkschaften (http://business.matav.hu/uzlet/ mszeib). Die sechs Konföderationen bil-
den zusammen weiters die Arbeitnehmerseite im dreigliedrigen Sozialparten-
gremium, dem Landesarbeitsrat (OMT), der seit seiner „Reform“ durch die gegen-
wärtige Regierung im Jahr 1998 allerdings nur mehr eine beratende Funktion erfüllt.

Auch im kleinen Slowenien haben org-
asations- und parteipolitische Differen-
ze zu einer Aufsplitterung der Gewerk-
schaftsbewegung geführt. Die mit Abstand bedeutendste Arbeitnehmerorganisation des Landes ist der Verband der unabhängigen Gewerkschaften Sloweniens (ZSSS), welcher als einziger slowenischer Gewerkschaftsverband dem EGB ange-
hört. ZSSS vereinigt 20 Branchengewerks-
schaften mit insgesamt 370.000 Mitglie-
dern und verfügt als einziger Verband auch über territoriale Organisationseinheiten in allen Bezirken. An den Sitzungen des drei-
gliedrigen Wirtschafts- und Sozialrats neh-
men darüber hinaus noch vier weitere, von der Regierung als „repräsentativ“ angesehe-
ne Organisationen teil: Konfederacija 90 (eine vor allem an der adriatischen Küste sowie in einzelnen Branchen stark verän-
kerzte Organisation) sowie die kleinen Ge-
werkschaftsbünde Pergam, Neodvisnost und Alternativa. Außerdem bestehen – vor allem im öffentlichen Dienst – zahlreiche Betriebs- oder Sektorgewerkschaften, die überhaupt keinem Dachverbund ange-
schlossen sind. Ein weiteres schwerwieg-
gendes Problem stellt die trotz intensiver und weit fortgeschrittener Verhandlungen
immer noch fehlende Einigung über eine gemeinsame Nutzung der Gewerkschafts-
räumlichkeiten dar; wie ein Damokles-
enschwert hängt über den Gewerkschaften

Gewerkschaften in der GUS
und im Baltikum – ein kurzer Überblick

Der Zerfall der Sowjetunion hatte auch die Auflösung des früher sowjeti-
schen Gewerkschaftsverbandes zur Folge. Wichtigster gewerkschaftlicher An-
sprechpartner in Russland ist die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften
Russlands (FNPR) mit 43 Mitglieds- und sechs assoziierten Branchengewer-
schaften, die insgesamt etwa 34 Mio. Menschen vereinigen; die Anzahl der beitragszahlenden Mitglieder wird allerdings nur auf ein Drittel geschätzt
(was angesichts der oft monatelang nicht ausgezahlten Löhne kein Wunder
ist); unter den regionalen Strukturen kommen jenen von Moskau und St. Pe-
tersburg besondere Bedeutung zu. FNPR ist – ebenso wie die zwei kleineren Gewerkschaftsverbänden VKT und KTR – seit dem Jahr 2000 Mitglied des
IBFG. Parlamentsabgeordnete aus allen russischen Gewerkschaften haben sich
in der Duma zu einer Gewerkschaftslobby namens „Solidarnost“ zusammen-
geschlossen und versuchen die Politik der Regierung (etwa hinsichtlich eines
neuen Arbeitsgesetzes) in gewerkschaftlichem Sinn zu beeinflussen. Auch
wenn der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Regierung vieles zu
wünschen übrig lässt und über die Verhältnisse in den Regionen nur wenig
bekannt ist, muss der politische und organisatorische Spielraum der russi-
schen Gewerkschaftsbewegung dennoch als weit größer eingeschätzt werden
als in den Nachbarstaaten Ukraine und Weißrussland. Gegen die Regierun-
gen beider Länder wurde in den letzten Jahren mehrfach Beschwerde im Rah-
men der Internationalen Arbeitsorganisation wegen Verletzung der in den ILO-
Konventionen grundlegenden Assoziationsfreiheit eingebracht. In allen übri-
gen GUS-Staaten können Gewerkschaften unter mehr oder weniger externen
und internen Schwierigkeiten operieren; als einzige Organisation wurde bis-
lang der Gewerkschaftsrat von Moldawien (CSRM) in den IBFG aufgenom-
men.

Die kleinen baltischen Staaten sind durch ein breites organisatorisches
Spektrum gekennzeichnet. In Estland dominiert der Zentralverband der Est-
ischen Gewerkschaften (EAKL) mit etwa 50.000 Mitgliedern vorwiegend
aus dem industriebereich; die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft haben eigene Dachverbände
gebildet. In Litauen gehören der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund „vereinigung“ (LPPS) sowie die Litauische Arbeiterunion (LDS) dem IBFG
an, die christdemokratische Arbeitsföderation dem WVA. In Lettland besteht
nur eine Organisation, der Freie Lettische Gewerkschaftsbund (LBAS), der sich dem IBFG angeschlossen hat.

Walter Sauer
Gewerkschaften im Überblick

von Peter Scherrer

Einleitung


Fragen müsste man eher: „In welcher Verfassung können die Gewerkschaften in Republiken des ehemaligen Jugoslawien, in Albanien, Rumänien und Bulgarien sein?“ Es ist allzu offensichtlich, dass die politische und wirtschaftliche Entwicklung höchstr unterscheidlich verlief. Da Gewerkschaften Teil der sich verändernden Gesell-
schaften sind, ist ihre Entwicklung natür-
lich maßgeblich auch durch diese Verän-
derungen bestimmt. Dieser kurze Beitrag kann über die Entwicklung und die Verfas-
sung der Gewerkschaften auf dem Balkan daher nur einen groben Überblick geben.

Albanien

In keinem anderen Land des Balkans war (und ist es teilweise heute noch) die Ar-
beit der Gewerkschaften so massiv durch die politischen Parteien und deren (mitun-
ter auch gewalttätigen) Auseinandersetzun-
gen geprägt wie in Albanien. Wie in der Politik so zerfällt auch bei den Gewerk-
schaften die Landschaft in zwei Lager. Die „Vereinigung der unabhängigen Gewerk-
schaften Albaniens“ (BSPH) unterstützt die Demokratische Partei des ehemaligen Präsidenten (1992-97) Sali Berisha. Mehr oder weniger deutlich wird im Wahlkampf zur Unterstützung der Demokratischen Par-
tei auferufen. Die BSPH wurde nach dem Zusammenbruch des Regimes von Enver Hoxha gegründet und versteht sich als „de-
mokratische“ Alternative zur „Konfödera-
tion der Gewerkschaften Albaniens“ (KSSH). Der Konföderation werden enge Verbindungen zur Sozialistischen Partei nachgesagt. Bei den Wahlen zum Parlament verhält sich die KSSH weitgehend neutral. Da die KSSH aus dem schon unter Hoxhas Zeiten existierenden Gewerkschaftsdachverband hervorgegangen ist, dürften viele ihrer Mitglieder der regierenden Sozialisti-
schen Partei sehr nahe stehen. Bis 1997, dem Jahr des Kollapses Albaniens, waren die Rechte der Gewerkschaften deutlich limi-
tiert. Öffentliche Kundgebungen, De-
monstrationen oder gar Streiks unterlagen strengen Restriktionen. Der Regierungswechsel zur ersten Regierung Nano sorgte für ein deutlich entspannteres Klima. Zahl-
reiche Änderungen in der Arbeitsschutzge-
bung konnten durchgesetzt werden. Erst-
mals wurden ernsthafte Tarifverhandlungen geführt und es kam zu freiwilligen Verein-
barungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Streitobjekt ist seitdem im-
mer noch der nationale Arbeitsrat, ein so-
zialpartnerschaftliches (tripartites) Gremi-
um, in dem die Regierung, die Arbeitgeber und beide Gewerkschaftsvereinigungen vertreten sind. Die Regierung hat bislang wenig dazu getan dieses Gremium mit Le-
ben zu füllen. Große Konferenzen, die un-
ter anderem durch internationale Organisa-
tionen wie das International Labour Office (ILO) organisiert wurden, sollten dem so-
zialen Dialog mehr Bedeutung verschaffen. Bislang hat die Regierung aber kaum et-

Peter Scherrer arbeitet an einem Forschungsprojekt zum Thema „Internationale Gewerkschaftskooperation – Gewerkschaften in Südosteuropa“ am Europäischen Gewerkschaftsinstitut, Brüssel.
was unternommen, um diesen Dialog zu fördern. Zahlreiche Protestkundgebungen, Demonstrationen und Streiks in den letzten zwei Jahren waren die Folge.

Beide Konföderationen verfügten über eine Mitgliedschaft in einer internationalen Dachorganisation.

**Bosnien-Herzegowina**


**Bulgarien**


Kernzeichnend für alle Gewerkschaften ist, dass sie z. T. dramatisch an Mitgliedern verloren haben.

**Jugoslawien (Serben und Montenegro)**

**Serien**

Schatz man sich die gewerkschaftliche Szene in Serbien an, so findet man eine deutliche Polarisation zwischen Organisationen, die in heftiger Opposition zum Regime Miloševićs standen, und einer damals eher „regierungsloyalen“ Arbeitnehmersvereinigung.


Montenegro


Der größte Erfolg der KUGM war der Abschluss eines Rahmentarifabkommens im Jahr 1995. In dieser Vereinbarung zwischen der Regierung und der KUGM werden z.B. die Höhe des Grundlohns geregelt (was in den allermeisten Fällen sonst mehr oder wenig willkürlich von den Regierungen festgelegt wird); es wurde eine Regelung über den Jahresurlaub und für Invaliditätsfälle getroffen.

Die KUGM ist Mitglied im IBFG.

Kroatien


Makedonien


Rumänien

nen Gewerkschaftsverbände Alfa Cartel und CSDR stellen in Rumänien die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer (mit 501,000 beziehungsweise 100,000 Mitgliedern); Fratia hingegen hat 250,000 und BNS 150,000 Mitglieder. Dass die rumänischen Mitglieder im Weltverbund der Arbeit eine besonders wichtige Rolle spielen, macht auch die Tatsache deutlich, dass der letzte Kongress der Weltparteiorganisation der christlichen Gewerkschaften im Oktober dieses Jahres in Bukarest stattfand.

Schlussbemerkung


Eine zu enge Anlehnung der Gewerkschaften an politische Parteien hat also in der Regel den Gewerkschaften geschadet. Sie wurden mitverantwortlich für die Politik der Regierungen gemacht, denen sie die Steigbügel gehalten haben. Besonders augenfällig ist dies im Fall der Podkrea in Bulgarien. In der Mehrzahl der Fälle haben sich die neu gegründeten oppositionellen Gewerkschaftsorganisationen deutlich an ebenso neu gegründete oppositionelle Parteien gebunden. Sie vertrauten nicht ausschließlich auf ihre Kraft als Gewerkschaften, sondern suchten sich Bündnispartner in der Politik, während die mehr oder weniger reformierten ehemaligen Staatsgewerkschaften nicht nur in der Öffentlichkeit auf Distanz zu den im alten System herrschenden Parteien gingen.

Fassten allen Gewerkschaften jedoch gemeinsam ist, dass sie in den letzten zehn Jahren einen deutlichen politischen Bedeutungsverlust erfahren haben.
Die Osterweiterung aus der Perspektive des Europäischen Gewerkschaftsbundes

von Peter Seideneck

Der EGB kennt sich zur raschen Erweiterung der EU. Dabei versucht er die soziale Dimension der weiteren Integration Europas zu gewährleisten. Daher hat er die Gewerkschaften der Beitrittsländer in seine Strukturen integriert und eine enge Zusammenarbeit mit ihnen etabliert.

Das bedeutendste politische und soziale Projekt Europas seit dem 2. Weltkrieg


Die Position des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Der EGB ist keine kontinentale Regionalorganisation, sondern er ist der konstante Versuch, spezifische Arbeitnehmerinteressen in der Europäischen Union zur Geltung zu bringen. Das bedeutet: Ihm können nur Gewerkschaften aus Ländern angehören, die 'entweder der EU angehören oder auf dem Wege in die Union sind. Dieses Prinzip schließt auf absehbare Zeit die Mitgliedschaft von Gewerkschaften aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (mit Ausnahme der baltischen Staaten, die Beitrittskandidaten sind) aus.

Ein zweites Element unterscheidet den EGB von traditionellen regionalen oder internationalen Gewerkschaftsorganisationen: Der EGB ist eine pluralistische Einheitsgewerkschaft, die alle Strömungen der europäischen Gewerkschaftsbewegung unter ihrem Dach vereint, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit (oder Nichtzugehörigkeit) zu internationalen Gewerkschaftsbünden. Die gelegentliche Sorge, es könnten sich im EGB gewissermaßen politische Fraktionen herausbilden, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil ist es dem EGB-
lungen, die andernorts noch fortbestehenden Fraktionen zwischen den verschiedenen traditionellen Strömungen weitgehend zu überwinden. Diese Konfiguration des EGB war eine wichtige Voraussetzung für die Integration der neuen und reformierten Gewerkschaften der Beitrittsländer.


**EU-Erweiterung: Eine Angelegenheit nur der Regierungen?**


Bedingung für die finanzielle und sachliche Unterstützung der nationalen Arbeitsgruppen ist, dass alle Mitgliedsorganisationen des EGB an ihnen beteiligt sind. Zwar ist die Beteiligung der Gewerkschaften am Erweiterungsprozess nach wie vor verbeserungsbedürftig, doch hat sich ihre Positionen auf den nationalen Regierungen gegenüber durch die Stetigkeit ihrer Arbeit nachhaltig verbessert. Die EU-Kommission ihrerseits sucht das Gespräch und die Bewerbung der Sozialpartner mit Beitrittsländern und trägt damit zur Stärkung ihrer Position im nationalen Rahmen bei.

**Für eine zügige Erweiterung**


Die begrenzte Fähigkeit der Regierungen der EU-Staaten ihrerseits die Bedingungen für die Erweiterung zu schaffen, zeigt sich in den mageren Ergebnissen des Nizza-Gipfels ebenso wie im Ausgang des irischen Referendums (die Tatsache, dass ein Fünftel der Wahlbeteiligung eines Landes den gesamten Prozess blockieren kann, sollte kritische Fragen an die Rechtsverfassung Europas veranlassen). Natürlich müssen die Verhandlungen sorgfältig und verantwortungsbewusst geführt werden, aber die immer noch sehr vagen Hinweise auf mögliche erste Beitrittsdaten nehmen dem Prozess seine Dynamik und mindern die öffentliche Zustimmung in West und Ost.

Für den EGB haben dabei zwei Ge- ichtspunkte Vorrang:

2. Die Länder, die nicht zur ersten Bei-
trittsgruppe gehören werden, dürfen nicht abgekoppelt werden, sondern brauchen zusätzliche und besondere Unterstützung für die umgangsmäßigen Reformen. Das muss auch besonders gezielt und verstärkte Aktivitäten des EGB einschließen.

Erweiterung fast zum Nulltarif – eine verbreitete Illusion


Bei den Berechnungen für die Kosten der Erweiterung wird gern übersehen, dass auch die Beitrittsländer erhebliche Aufwendungen zur Vorbereitung des Beitritts aufzubringen haben. Und schließlich haben bislang vor allem die Mitgliedstaaten der Union wirtschaftlichen Nutzen aus der Öffnung der Märkte gezogen: nicht nur im Investitionsgüter-, sondern auch im Konsumgüterbereich sind deutliche Handelsbilanzerlöse zu verzeichnen, die sich auch positiv auf die Beschäftigung ausgewirkt haben.


Strategisch ist für die europäische Gewerkschaftsbewegung die Entwicklung europäischer industrieller Beziehungen von herausragender Bedeutung. Die nationalen Regelungspotentiale nehmen ab und zwingen die Gewerkschaften, ihre Tarif- und Vertragspolitik schon auf mittlere Sicht über die Grenzen hinaus zu orientieren. Dabei geht es um zweierlei:

1. Die Tarifpolitik in den Mitgliedsländern muss verstärkt über den Austausch von Informationen und gemeinsame Strategien koordiniert werden, was nicht auf gleiche, aber auf gleichgerichtete tarifpolitische Ziele hinausläuft.

2. Insbesondere im Bereich der Arbeitsbedingungen und der vertraglichen Gestaltung atypischer Arbeitsverhältnisse (Zeitarbeit, Teilzeitarbeit, Telearbeit), aber auch in europäisch regelungsfähigen sozialpolitischen Bereichen (Elternurlaub) sind transnationale Verträge, die in geltendes nationales Recht übernommen werden müssen, unerlässlich, um soziale Mindeststandards EU-weit durchzusetzen. Das liegt auch im unmittelbaren Interesse der Gewerkschaften der Beitrittsländer, denn so kann das mit der Nichtregulierung solcher Arbeitsverhältnisse verbundene Sozialdumping verringert werden.

Freizügigkeit für Arbeitnehmer – ein unbestreitbares Grundrecht

Der EU-Vertrag sieht vier Grundfreiheiten vor: die Freizügigkeit für Waren, Geld, Dienstleistungen und Arbeitnehmer. Insbesondere die Freizügigkeit für Arbeitnehmer wird in der Öffentlichkeit, aber auch in den Gewerkschaften strittig diskutiert.

Zweierlei muss vorausgeschickt werden:


2. In der öffentlichen Debatte und in einigen Medien werden Schwarzarbeit, illegale Zuwanderung und die Asylproblematik mit der Freizügigkeit für Arbeitnehmer in Zusammenhang gebracht. Das ist nicht nur eine unzulässige Vermischung verschiedener Problemfelder, sondern gleichzeitig auch der Stoff, aus dem populistische und rechtsradikale Demagogie ihre Kampagnen zusammenbauen.

Der EGB hat in sorgfältiger Interessenabwägung mit seinen Mitgliedsorganisationen aus Ost und West eine Position erarbeitet, welche die folgenden Aspekte in Rechnung stellt:

- Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer ist eine Grundfreiheit, die nicht ohne weiteres ausgesetzt werden kann.
- Eine präzise Voraussage über die Wanderungsbewegungen ist nicht möglich; alle in den Verhandlungen vertretenen Positionen werden mit wissenschaftlichen Prognosen untermauert, die einander widersprechen.
- Probleme für die Arbeitsmärkte in den grenznahen Regionen und in Deutschland und Österreich können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Daraus abgeleitet hat der EGB die folgende Position: Wenn Übergangsjahren für die Freizügigkeit unumgänglich sind, dann müssen sie so kurz und so flexibel wie möglich gestaltet sein. Für die grenznahen...
Regionen müssen außerdem unterstützende infrastrukturelle, beschäftigungs- und wirtschaftsfördernde Programme realisiert werden. Gleichzeitig müssen die interregionalen Gewerkschaftsräte, die an (fast) allen Grenzen bestehen, ein eigenes Monitoring aufbauen, um rechtzeitig Risiken zu erkennen und unnötigen Konfrontationen zwischen Gewerkschaften durch stetige Zusammenarbeit vorzubeugen.


Die EU-Kommission ist aufgefordert, eine länger anhaltende Informationskampagne in Ost- und Westeuropa (mit spezifischen regionalen Schwerpunkten) durchzuführen, um aufzuklären und zu einer Ver- sachlichung der Debatte beizutragen. Vorauseilende Panikmache sollte dabei aus dem gewerkschaftlichen Repertoire verbannt werden.

---

1 Der EGB wurde 1973 gegründet und umfasst alle repräsentativen Gewerkschaftsbünde aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union und den Beitrittsländern. Zentrale Aufgabe des Bundes ist die Vertretung der sozialen Interessen seiner Mitglieder im Rahmen der Europäischen Union.
2 Oder aus Ländern, die wie Norwegen, Island und die Schweiz durch Verträge eng mit der EU verbunden sind.
3 Ohne Verpflichtung zur Beitragsleistung, mit Teilnahme- und Rederecht in der Exekutive.
4 Der polnische OPZZ, der bislang noch nicht dem EGB angehört, wird wahrscheinlich Ende 2001/Anfang 2002 aufgenommen werden.
5 Vollbeitrag: 4,2 Belgische Francs pro Mitglied und Jahr.
6 Dies trifft auf die Länder zu, in denen mehr als ein Gewerkschaftsverband dem EGB angehört: Ungarn (6), Rumänien (4), Bulgarien (2), Litauen (2 beobachtende und 2 nicht angeschlossene Partnerorganisationen), Estland (2).
7 Unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung.

---

Belarus

Gewerkschaften – Kern der Opposition

von David Mandel

Einleitung

Belarus ist die kleinste der drei überwiegend slawischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Mit einer Bevölkerung von ca. zehn Millionen (ein Fünftel der Ukraine und ein Fünftel des Russlands) und einem Territorium, das dreimal so groß ist wie Belgien und die Niederlande zusammen, existierte Belarus für die westlichen Medien nicht, bis sich die "Internationale Gemeinschaft" (die reichen, kapitalistischen Länder) begannen, sich um die Demokratie dort sorgen zu machen.


Die progressivste Arbeiterbewegung

Abgesehen davon ist Belarus durch eine Arbeiterbewegung, die bei der Überwindung des bürokratischen Verwaltungsapparats und des untergeordneten Status der sowjetischen Periode am weitesten fortgeschritten ist, einzigartig in der ehemaligen „Sozialistischen Welt“. Es ist das einzige Land des ehemaligen kommunistischen Blocks, in dem die Arbeiterbewegung die Hauptkraft der politischen Opposition bildet. Mit einem Gewerkschaftsmandat war Vladimir Gončarik, Präsident des vier Millionen Mitglieder starken

David Mandel unterrichtet Politikwissenschaften an der Universität von Quebec in Montréal und ist Ko-Direktor der Schule für Arbeiterdemokratie in Russland.

Die beiden größten Industriegewerkschaften, die Gewerkschaft der Arbeiter der Auto- und Landwirtschaftsmaschinenindustrie, ASMB (143.000 beschäftigte Mitglieder – seit 1991 um ein Drittel zurückgegangen) und die Gewerkschaft der Radio- und Elektronikarbeiter, REP (70.000 Mitglieder, um drei Viertel gefallen) sind die Lokomotiven der Arbeiterbewegung. REP wurde vor allem durch den deutlichen Rückgang der Waffenproduktion sehr geschwächt. Besonders ASMB hat sich stärker als jede andere große Gewerkschaft der ehemaligen UdSSR in Richtung einer unabhängigen, solidarischen und demokratischen Arbeiterorganisation entwickelt.

Günstige objektive Bedingungen


Diese Proteste rührten auch ASMB und REP durch, die in die neue Periode mit einer nationalen Führung und einer bedeutenden Minderheit von lokalen Führern eingetreten waren, die einer Politik der Klassenunabhängigkeit verpflichtet waren. Auch in jenen Fabriken (es waren die meisten), in denen die Bewegung nicht stark genug gewesen war, um die überschüssigen Führer zu entmacht, kamen diese unter starken Druck von „unten“. Die konkrete Demonstration der Kraft einer mobilisierten, solidarischen Arbeiterbewegung hinterließ einen bleibenden Eindruck selbst bei den konservativen Gewerkschaftsführern, wie auch bei Managern und Regierungsbeamten. ASMB und REP bildeten 1992 die Vereinigung der Industriegewerkschaften, die eine starke Kraft für eine unabhängige Gewerkschaftsvertretung innerhalb des ursprünglich ziemlich konservativen belorusischen Gewerkschaftsverbandes BFTU wurde.

Ein weiterer geschichtlicher Faktor war die relative Integrität der weißrussischen Staatsadministration in der Periode der Stagnation (1968-82), die der Perestrojka voranging. P. Mašerov, zu jener Zeit Parteiführer in Belarus, ist noch immer eine geachtete Person, nicht nur wegen seiner Redlichkeit, sondern weil die demonographischen und ökonomischen Indikatoren signifikant besser waren als jene von Russland und der Ukraine. Um dies zu erklären, verweisen Weißen auf die maßgeschneiderte Partisanenbewegung in der Republik, zur Zeit des 2. Weltkrieges. Bis in die 1970er Jahre waren die meisten Spitzenbeamten ehemalige Partisanen; als solche galten sie den Menschen näher und präzisierter als der durchschnittliche sowjetische „Nomenklaturtschik“.


Die ökonomischen Rahmenbedingungen


Die Wirtschaft ist nicht mehr eine Planwirtschaft nach sowjetischem Muster, der Staat spielt aber im Unternehmensbereich eine aktive und direkte Rolle als anderswo, indem er selektive Steuervergünstigungen, Befreiung von Währungskontrollen und niedrig verzinsene Darlehen gewährt. Er kontrolliert auch 30% der Preise (hauptsächlich Konsumgüterpreise) und reguliert die übrigen Preise wie auch die Löhne, deren Erhöhung an eine Steigerung der Produktionsleistung gebunden ist. Der Staat kann auch direkt oder indirekt Direktoren von Betrieben ernennen oder absetzen.


Im Großen und Ganzen ist die soziale Situation der Arbeiterchaft in Belarus besser als jene in Russland und der Ukraine. Weniger Arbeiter mussten von ihren Betrieben in die Privatwirtschaft wechseln, wo es keine Gewerkschaften und keine Arbeitsregelungen gibt; jene, die in ihren Betrieben blieben, arbeiten regelmäßig und ihr Lohn sind öfter ihre einzige oder wichtigste Quelle zur Bestreitung des Lebensunterhalts. Trunksucht, Diebstahl, Gemüsegärten, Zweijobs im informellen Sektor, alles das existiert, aber auf einem niedrigeren Niveau. Diese Rahmenbedingungen haben wichtige Implikationen für das Potential der Arbeiterbewegung.

**Repression**


Die Regierung versucht die Gewerkschaften auch durch die Betriebsverwaltungen zu kontrollieren. Wenn Arbeiter sich aktiv am politischen Protest beteiligen, wer-
den die Direktoren darauf hingewiesen, dass sie ihren Job verlieren würden, wenn sie ihre Bediensteten nicht auf Linie halten können. An der Kugellagerfabrik in Minsk ging der Direktor so weit, dass er die Arbeiter früher nach Hause schickte, damit sie nicht an einer nationalen Demonstration, die am Ende der Schicht angesetzt war, teilnehmen konnten (der Trick gelang nicht). Der Direktor der Landwirtschaftsmaschinenfabrik in Gorzel setzte Prämieneinlagen für jene Werkstätten aus, deren Gewerkschaftsführer sich an einem politischen Protest beteiligt hatten und forderte schließlich deren Austausch. Die Regierung schuf auch die Position eines Assistenz-Direktors für Information an allen großen Betrieben, um angeblich die Arbeiter über die Regierungs- und Managementpolitik zu informieren. In Wirklichkeit sind sie jedoch Regierungssione, die offen an Gewerkschaftsversammlungen und Bildungsveranstaltungen teilnehmen.

In letzter Zeit hat die Regierung die Direktoren insgesamt ermutigt, keine Gewerkschaftsbeiträge auf die Konten der Gewerkschaften mehr zu überweisen, um speziell die höheren Gewerkschaftsbeben unter Druck zu setzen. Als sich die Gewerkschaftswahlen im Herbst 2000 näherten, übte die Regierung Druck auf die Direktoren aus, um sicherzustellen, dass geeignete Delegierte zu den Gewerkschaftskongressen entsandt wurden, die gegen die der Regierung unangenehmsten nationalen Führer, einschließlich Buhvostov und Gončarik, stimmen sollten. Es wurde auch, teilweise durch die Androhung von Entlassungen, Druck auf die lokalen Gewerkschaften ausgetibt und sie aus den nationalen Strukturen auszuschließen, um sie leichter kontrollieren zu können. Bis jetzt haben die Belarusische Metallurgiefabrik und Integral (ein großer Elektronikbetrieb in Minsk) dem Druck nachgegeben. Die Regierung führte auch eine öffentliche Verleumdungskampagne gegen die Gewerkschaftsführer, in der sie unter anderem als Diebe und Trinker abqualifiziert wurden.


**Bedeutende Herausforderungen stehen bevor**


Im Augenblick ist diese Frage jedenfalls hinfällig, denn Lukašenko behauptet bei den Präsidentschaftswahlen einen druckschwachen mit 80 % der Stimmen errungen zu haben. Die Wahlkampagne war offenkundig unfair und das Ergebnis offensichtlich falsch, aber die starke Unterstützung Lukašenkos am Land hätte ihm wahrscheinlich dennoch einen Wahlsieg garantiert, allerdings in geringerem Ausmaß. Eine Meinungsumfrage im August ergab, dass nur wenige als ein Drittel der Befragten bereit wären, sich aktiv an Protesten gegen die Wahlentscheidung zu engagieren, obwohl nur wenige, die Gončarik wählen wollten, glaubten, dass die Wahlen korrekt stattfinden würden. Neben der Angst vor Repressionen war die Unsicherheit über die Alternative das Haupthindernis für eine umfassendere Mobilisierung.

2 Goskomstat, Belarus i Rossija, Moskau, 1999, S. 83.
5 BFTU, Novosti, Nr. 6, 1.6.2001, S. 34; ASMB, Materjalji 3-go s’ezda, 2000, S. 12.
6 Internes Dokument der ökonomischen Abteilung der ASMB, 1999.
7 Economist Intelligence Unit, Belarus, März 2001, S. 16.
8 BFTU, Novosti, Nr. 6, 1.6.2001, S. 33.
9 Nezavisimaja gazeta, 15.6.2001.

Aus dem Englischen von Walther Binder.
Mandel: Was sahen Sie als Präsident der ASMU als Ihre wichtigsten Aufgaben an?


Mandel: Wie sah die Gewerkschaft aus, die das alte System hintieren hätte?

V. Zlenko: Im Gegensatz zu den meisten anderen Sowjetrepubliken hatte die ukrainische Gewerkschaft keinen eigenen Rat. Unsere regionalen Räte waren daher direkt der Gewerkschaftszentrale in Moskau unterstellt, und wenn wir an Treffen des Zentralkomitees teilnahmen, repräsentierten wir nur unsere eigenen Regionen. Niemand vertrat die Ukraine als solche.


In der Sowjetunion haben die Gewerkschaften nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Sie waren der „Transmissionsriemen“ der Regierung und der Bürokratie, die Funktionäre waren bloße Befehlsempfänger. Es gab keine Demokratie, daher konnte keine wirksame Solidarität zwischen den Arbeitern oder zwischen einzelnen Gewerkschaften entstehen. Ich habe die gesamten zehn Jahre als Präsident damit verbracht, die Gewerkschaft zu einer echten Organisation der Arbeiter zu machen, und habe mein Ziel nun teilweise erreicht. Ich glaube, dass es noch lange dauern wird, solange es nicht zu einer spontanen Mobilisierung der einfachen Mitarbeiter kommen, was aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht so wahrscheinlich ist.


Dudnik war eine Enttäuschung. Als Vizepräsident hatte er seine opportunistische Haltung verheimlicht. Es gab in den Regionen Funktionäre, die meinem Standpunkt näher standen als er und die mir nachfolgen hätten können, aber die Armut zwang uns, jemanden zu wählen, der bereits in Kiew lebt. Wir haben keine finanziellen Mittel, um dem Präsidenten eine Wohnung zu bezahlen!


Mandel: Wie stark war der Mitgliederschwund seit der Gründung Ihrer Gewerkschaft?

V. Zlenko: Zu Beginn hatten wir 525.000 Mitglieder, heute sind es 220.000. Davon sind 40.000 Pensionisten, die nicht mehr im Berufsleben stehen, weitere 20.000 sind Schüler und Studenten technischer Schulen. Aber selbst von den restlichen 160.000 Mitgliedern, die einer Beschäftigung nachgehen, sind viele teilezeitbeschäftigt oder arbeiten in Fabriken, in denen nur sporadisch gearbeitet wird. In anderen Gewerkschaften ist die Situation noch dramatischer: In der Gewerkschaft der Radio- und Elektronikarbeiter (REP), die meinem Standpunkt am nächsten steht, ist die Mitgliederzahl von 700.000 auf 140.000 gefallen.


Mandel: Welche Beziehung hatten Sie zur Föderation der Ukrainischen Gewerkschaften (FTU)?


Mandel: Sie waren während der letzten beiden Jahre als Direktor der Ukrainischen Schule für Arbeiterdemokratie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig. Wer finanzierte diese Einrichtung und war sind ihre Ziele?


Serbien 2001: Schwierigkeiten eines vernachlässigten Neubeginns

von Mladen Lazić

1. These: Es hat sich nichts geändert

Selbst ein Jahr nach dem Fall des Milošević-Regimes kann man auch der damals am häufigsten im Lande geteilten Beurteilungen der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lage in Serbien bzw. Jugoslawien mit folgendem Ausspruch beschreiben, der in letzter Zeit durchs Land kursiert: Alles ist noch beim Alten, nur ER ist nicht mehr da!

Es ist interessant, dass solche Beurteilungen sowohl von den früheren Gefolgsleuten Miloševićs als auch von den Gegnern seines einstigen Regimes geteilt werden. Für die Gruppe der einstigen Unterstützer bedeutet dieser Ausspruch ungefähr Folgendes:

a. Die Lage habe sich unter der neuen Führung wesentlich verschlechtert, der Hauptgrund liege darin, dass ER (widerrechtlich) an die Feinde im Westen ausgeliefert wurde.

b. Zweifelsohne sei diese Auslieferung nur die erste Manifestation der Unterwerfung unter die Forderungen, die von der neuen Weltordnung, allen voran die USA, an ihre serbischen Marionetten gestellt werden. (Andere Forderungen würden die Reorganisation der Wirtschaft nach neoliberalen Prinzipien, den Verkauf der erfolgreichsten Firmen an Ausländer, eine bedingungslose Einbeziehung in den Globalisierungsprozess usw. betreffen). Indes scheint logisch, dass:

c. die Veränderungen, die zur Zeit erfolgen, vorerst nicht ein derart radikales Ausmaß angenommen haben, dass eine Rückkehr des alten Regimes ausgeschlossen sei. In diesem Fall jedoch könnte es zu einer Wiedererrichtung der gesamten vorhergehenden Ordnung kommen (mit IHM oder ohne IHN).


1. Zu einer tatsächlichen Demokratisierung des politischen Systems ist es diesen Kritikern zufolge nicht gekommen, denn es wurde nicht einmal mit der Trennung der Legislative, der exekutiven Gewalt und der Gerichtsbarkeit begonnen. Im Land würden die Parteiführer der derzeitigen Koalition herrschen (vor allem der zwei stärksten Parteien, der Demokratischen Partei DS und der Demokratischen Partei Serbiens DSS), und zwar so, dass ihre informellen Entscheidungen vom Parlament und der Regierung ohne Widerrede angenommen werden (das oberste Gremium der DOS nennt sich bezeichnenderweise Zentralkomitee). Kritiker betonen, dass Reformen des Rechtswesens nicht einmal begonnen haben, dass die Richter auf die Einhaltung der Parteien kontrolliert werden, so dass sie, wie im alten Regime üblich, die Auflagen der Exekutive erfüllen. Eine Kontrolle der Führung von Seiten der Öffentlichkeit ist ebenfalls nicht möglich, da DOS die Medien unter Monopolverwaltung gestellt hat. Eine der häufigsten kritischen Bemerkungen ist, dass die Medien in ihrer Struktur unverändert geblieben sind, dass sie verhalten sich weiterhin untertänig und verteidigen die (neue) Führung, ganz egal, ob sie...
sich in privatem oder öffentlichem Besitz befinden.


2. These: Begonnene Veränderungen

Es besteht kein Zweifel, dass viele der angeführten Vorwürfe auf Tatsachen beruhen, wenn auch nicht immer auf derart extreme Weise. Vor allem ist offensichtlich, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Lebens in Serbien nicht mehr dieselben sind wie unter dem Milošević-Regime. Das Land hat die Phase der Alleinherrschaft überwunden und es wird in nächster Zeit auch (vorerst) nicht wieder zu einer solchen Art von Regime kommen. Auch wenn DOS eine Zweidrittelmehrheit im serbischen Parlament besitzt, kann keine Rede von einer Diktatur dieser politischen Gruppierung sein. Hier ist nicht so sehr relevant, dass auf der föderalen Ebene DOS mit der ideologisch gegensätzlichen montenegrinischen SNP (Sozialistischer Volkspartei) eine Koalitionsregierung bildet, sondern viel wichtiger ist die Tatsache, dass DOS selbst ideologisch, parteipolitisch und von den vertretenen Interessen her eine heterogene und innerlich zerstrittene Gruppierung darstellt. So kommt es durch die interkonzessionären Konflikte zu keiner einheitlichen Staatführung. Dabei treten, wenn auch in verschiedenen Ausmaß, alle Parteien innerhalb von DOS sowie die Koalition als Ganze für eine Integration Serbiens in die internationale Staatsgemeinschaft auf wirtschaftlicher und politischer Ebene ein. Da die neue Führung Wert darauf legt, weithin zu sein, ist es nur verständlich, dass sie unmittelbaren Einflüssen aus der Nachbarschaft unterliegt, was bedeutet, dass Impulse für eine Demokratisierung und Marköffnung nicht nur von innen, sondern auch von außen kommen werden. Dies bewirkt weiter, dass die Chancen gering sind, dass Serbien wieder vom Weg der postsozialistischen Reformen abkommt (wobei man aber keinesfalls das Tempo und konkrete Formen der Reformen vorhersagen kann).


Kredite des Weltwährungsfonds, der Weltbank usw.). Das Privatisierungsgesetz wur-
dete nach monatelangen Verhandlungen in weiten Expertenkreisen verabschiedet, wobei Erfahrungen anderer Reformländer ge-
nahestens untersucht wurden. An Stelle einer schnellen Privatisierung nach dem „russischen“ Modell wurde ein Konzept der Ausschreibung und des Auktionsverkaufs erarbeitet, nach dem der Staat in einem be-
grenzten Zeitraum (bis zu vier Jahren) ver-
suchen wird, Käufer für größere Firmen zu
finden. Der Staat wird auch an ihren Re-
struktionen teilnehmen, um ihre Markttüchtigkeit zu gewährleisten. Der Verkauf kleinerer Betriebe sollte viel schnel-
er erfolgen.

Im Sozialwesen ist die neue Regierung mit einer katastrophalen Situation konfrontiert. Das Durchschnittseinkommen in Ser-
bienn betrug im Jahr 2000 93 DM, die Ar-
beitslosenrate lag bei etwa 30 %, die Firmen arbeiteten mit einer Kapazität von unter 40 % (was heißt, dass unter den Beschäf-
tigten zahlreiche fiktive zu finden sind). Vo-
rig Oktober hatte man einen Winter ohne grundlegende Energieversorgung erwartet. Die Energieversorgung war wegen der NATO-Angriffe des Vorjahres weitgehend zerstört, die Schäden waren nur teilweise und provisorisch beseitigt worden. Ein weiterer Grund lag aber auch in den wäh-
rnd der vergangenen zehn Jahre vernachlässigten Wartungsarbeiten. Außerdem verfügte der Staat nicht über ausreichende Geldmittel für den laufenden Bedarf an Im-
porten von Erdöl und Erdgas, wie auch für die Rückzahlung von Krediten für frühere Importe. Dennoch verlief der Winter für die Bevölkerung relativ günstig, was den zahlreichen ausländischen Lieferungen von Strom sowie Ersatzteilen für die Energiepro-
duktion und den Stromtransfer zu verdan-
gen ist, die somit Reparaturen und War-
tungsarbeiten wieder ermöglichten. Daneben wurden Erdöl und Erdgas ge-
sehen (ebenso Finanzmittel für deren Ankauf), und die serbische Regierung er-
hiet Gelder für die Auszahlung von noch ausstehenden Pensionen und Gehältern im öffentlichen Dienst (Kultur, Gesundheits-
wasen, Gerichtswesen usw.) sowie zur Unter-
stützung aller benachteiligten Bevölke-
rungschichten.

Diese „Geschenke“, die man als „Beloh-
nung“ für den Sturz von Milošević erhal-
ten hat, sollten als grundlegende Voraus-
setzungen für drastische Strukturreformen dienen. Selbstverständlich sind zur gesam-
ten Unterstützung auch zahlreiche noch weiter reichende Versprechen, beginnend

beim Wiederaufbau der zerstörten Donau-
brücken bis hin zum Erlass eines Großteils der Auslandsschulden, die über 15 Milliar-
den USD betragen, mitgeliefert worden — so geschehen etwa auf der Geberkonferenz,
auf der von fast 1,3 Milliarden USD die Rede
war. Von all dem ist erst sehr wenig ins Land
gelangt. Aus diesem Grund sowie infolge

1. Heutige Herausforderungen

Die kürzeste Beurteilung der heutigen Lage in Serbien/Jugoslawien wäre fol-
gende: Das Land befindet sich endlich und unwiderruflich auf postsozialistischem Re-
formkurs. Jedoch findet dieser Prozess un-
ter Gegebenheiten und Voraussetzungen statt, die nur wenig Optimismus aufkommen
lassen. Von einer Vielzahl an möglichen Pro-
blemen möchte ich hier nur vier Bereiche erwähnen, in denen meiner Meinung nach die Reformkräfte mit den größten Schwie-
rigkeiten konfrontiert sind: Staat, Wirt-
schaft, Gewerkschaften und politisches Sys-

tem. Hier beschränke ich mich auf die in-
stitutionellen Faktoren. Eine genauere Be-
trachtung, für die kein Platz ist, würde un-
der anderem die Akteure charakterisieren —

die Eigenschaften der Elite, die politische Kultur der Bevölkerung, die internationa-
len Rahmenbedingungen und vieles mehr.

a) Die Schwächen des Staates

Weder die BR Jugoslawien noch Serbi-
en haben die primäre Frage eines zeitge-
nössischen politischen Geblides, und zwar die nach dem staatlichen Rahmen, gelöst. Mit Ausnahme des Militärs funktionieren Serben und Montenegro in allen innerstaat-
lichen Bereichen wie zwei unabhängige

Staaten. Der Bundesstaat erscheint als in-
ternationales Subjekt mit Präsident Koštu-
nica und dem Außenminister, wobei Mont-
enegro eigenständige internationale Akti-
vitäten aufrechterhält, als deren Folge es sich ausländische Unterstützung für seine staatliche Unabhängigkeit eröffnet. Das Pro-
blem von Montenegro besteht darin, dass die jetzige Führung keinerlei Konsens in Bezug auf Selbständigkeit erreicht hat. Wie meine empirischen Forschungen letztes Jahr ergeben haben (siehe OWG, Nr. 4, 2000), teilt sich die Bevölkerung bezüglich dieser Fra-
ge in zwei beinahe gleich große Gruppen. Ein Großteil der Montenegriner ist gegen eine Abspaltung von Serbien, während die Angehörigen der albanschen und muslimischen Minderheit zur Gänze für eine Abspaltung sind. Neben der montenegro-
ischen ist auch die albancische Frage, die eine der Ursachen der Balkankrise am Ende des 20. Jahrhunderts war, weiterhin unge-
löst. Einerseits hat es Serbien zwar ge-
schafft, den albanschen Aufstand in Süd-
serbien (Prešov-Tal) friedlich zu beenden, andererseits ist aber der Status des Kosov-
vo weiterhin völlig offen. Der Sturz des Mi-
løšević-Regimes hat dazu beigetragen, dass sich diese Frage nicht ohne einen offen-


b) Wirtschaftliche Schwächen


Obwohl die Ministerien der beiden Re- publiken und der Bundesregierung, die für die Wirtschaft zuständig sind, am aktiv- sten, am kompetentesten und unter den gegebenen Umständen relativ erfolgreich sind – was sich sowohl im Ausland als auch im Inland in Form von hohen Zusam- mensetzungs für alle diese Ministerien äu- ßern, wie regelmäßige Erhebungen über das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker zeigen –, ist es schwierig zu erkennen, wie der Rezession während der Umstrukturie- rungsprozesses, die in allen Transitions- ländern während der ersten Reformjahre herrschte, ausgewichen werden kann. Aber für eine Rezession hat Serbien we- der einen ökonomischen noch einen politi- schen Spielraum! Erstens ist die Schmerz- grenze durch die fallenden Lebensstan- dards wegen der zehnjährigen drastischen Wirtschaftskrise schon längst erreicht, und zweitens wurde der Sturz des Milošević-Regimes durch die feste Überzeugung legitimiert, dass sich die Lebensbedingun- gen verbessern werden – ein Glaube, der durch die Versprechungen der Länder des Westens bekräftigt wurde. So sieht sich das Land mit der Möglichkeit eines Phä- nomens konfrontiert, das auch in den an- deren Reformländern auftrat und das als „geschäftlicher Wahlyzyklus“ – die umge- kehrte Variante des politischen Busine- sszyklus – bezeichnet werden kann: Regie- rungen, die erfolgreiche Strukturreformen durchführen, scheitern genau auf jenen Schwierigkeiten, welche diese Reformen
c) Die Schwäche der Gewerkschaften


So kann man sagen, dass das Land die Marktwirtschaft ohne Gewerkschaften, welche die authentischen Interessen der Beschäftigten gestalten und vertreten, aufbaut. Ganz im Gegenteil dienen die bestehenden Organisationen fast ausschließlich als Mittel zur Verteidigung der Interessen der Gewerkschaftsführungen. Die Folge ist nicht nur fehlender Schutz eines Großteils der Bevölkerung vor möglichen Mieterhöhungen, vor der Eliminierung sozialer Rechte usw.; vielmehr wird die äußerst schlechte wirtschaftliche Situation unvermeidlich zu heftigen Auseinandersetzungen in der Wirtschaft führen. Und ohne Organisationen, die sowohl die unmittelbaren als auch die langfristigen Forderungen der Beschäftigten strukturieren würden, können diese Auseinandersetzungen sehr leicht destruktive Formen annehmen, die dann marktwirtschaftliche und demokratische Reformen bedrohen.

d) Schwächen des politischen Systems

Hier werde ich mich auf ein Element des politischen Systems, nämlich die politischen Parteien, beschränken. Eine der wichtigsten Konsequenzen des Scheiterns der Opposition zu Beginn der 1990er Jahre (wie in den anderen postsozialistischen Staaten) die damalige Regierung bei Wahlen zu stören, war das Ausbleiben einer klaren Profilierung der Parteien. Dies zeigte sich unter anderem in:

- der Vielzahl an Parteien in der oppositionellen Szene (es wurden über 90 Parteien formiert), von denen keine einzige alleine die führende Sozialistische Partei Serbiens (SPS) bedrohen konnte;
- den ununterbrochenen Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition;
- der unklaren ideologischen Orientierung der Parteien und
- der undeutlichen Grenzlinie zwischen oppositionellen und pro-Milošević Parteien.

Auf der anderen Seite hat das erfolgreiche und lange Verbleiben an der Macht die demokratische Transformierung wenigstens eines Teils der SPS, wie dies bei anderen ehemals kommunistischen Parteien in den post-sozialistischen Ländern der Fall war, verhindert.


Die Parteien, welche die DOS-Koalitionen bildeten, um Milošević zu stürzen, vereinigten sich auf der anderen Seite auch nach der allgemeinen Erkennung der Bedeutung der Reformprozesse. In allen anderen Fragen aber vertraten diese Parteien unterschiedliche oder sogar gegensätzliche politische Ideen. Laut Koalitionsvertrag sollte nach dem Erreichen des ersten Zieles – dem Regierungswechsel – die Zusammen-
arbeiten der Parteien solange fortgesetzt werden, bis starke Institutionen eingerichtet werden, die für die demokratische und marktwirtschaftliche Transformation unabdingbar sind, geschaffen werden (Reform der Justiz und der Policei, Pressefreiheit, neue Wahlgesetze, neue Verfassung. Privatisierung usw.). Aber schon lange, bevor die zweite Bedingung erfüllt werden könnte, begann das Kolonialkonglomerat auseinanderzufallen.

Die Ursachen dafür liegen in der Verfehlung zweier Faktoren zu suchen. Auf der einen Seite sind diese konzeptionelle Unterschiede: Innerhalb der DOS ist eine Strömung konservativer, nationaler und traditioneller Orientierung; angeführt wird sie von der Demokratischen Partei Serbiens (DSS) von Präsident Koštunica, der als Mitte-rechts-Politiker positioniert werden kann; die zweite ist pragmatischer, auf rationale Veränderungen eingestellt, sehr stark am Westen orientiert - und zwar so stark, dass sie in ihrem Vorgehen zeitweilig die Grenzen einiger Prinzipien überschreitet; angeführt wird sie von der Demokratischen Partei (DS) des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Đinđić, die sich bemüht, eine Mitte-links-Partei zu sein. Die anderen Kolonialmitglieder nehmen in der Regel, auch wenn dies nicht nötig ist, eine der zwei Positionen ein. Solche gravierenden Unterschiede in der Konzeption bestanden natürlich auch schon früher, und wenn wir verstehen möchtern, warum sie gerade jetzt in derart verschärfter Form auftreten, dass sich die Frage des Weiterbestehens der Koalition aufwirft, müssen wir einen zweiten Faktor ins Spiel bringen: das Bestreben, Anhänger für die nächsten Wahlen zu mobilisieren.

Der Hauptgenerator für diese Auseinandersetzungen innerhalb der DOS ist die DSS, der auf diese Weise eine schwindelerregende Zunahme ihrer Popularität gelingt, wie aus Meinungsumfragen hervorgeht. Die Partei hat aufgrund der autoritären Grundhaltung der Bevölkerung, die in großen Massen Koštunica als den neuen nationalen Führer akzeptiert, die Zahl ihrer potentiellen Anhänger im Vergleich zu den Voroktober-Ereignissen fast verzehnfachen können (von ungefähr 4 % der erwachsenen Bevölkerung auf über 30 %). Diese dramatische Zunahme ist für die Parteiführung eine gute Grundlage für die momentane Umverteilung der Macht innerhalb der Koalition als auch für eine beschleunigte Vorbereitung der Wahlen, aus denen sie aus eigener Kraft zur führenden Partei werden könnte. Auf der anderen Seite kämpft auch die DS, eine vom organisatorischen Aspekt her stabile Gruppierung, um verstärkten Einfluss auf die Wähler. Sie versucht sich stärker in den wichtigen Institutionen zu etablieren (im Regierungsapparat, in Staatsunternehmen und den Medien), um damit ihre Ressourcen bedenkten zu erhöhen.


Diese Konkurrenten wären wahrscheinlich nicht die wiedererstarkten Parteien des alten Regimes (SPS, SRS), sondern die „neuen“ nationalistischen Gruppierungen (z.B. die Partei der serbischen Einheit, die zur allgemeinen Überraschung bei den letzten Wahlen in das Parlament eingezogen ist, und es sieht so aus, als ob die Zahl ihrer Anhänger weiter wächst; möglich ist auch irgendeine ganz neue Organisation).

Trotzdem gibt es bis jetzt auch Gründe für eine optimistischere Perspektive für die bevorstehende Periode in Serbien. Bei den nächsten Wahlen, die im kommenden Jahr stattfinden werden, wird die DSS viele Stimmen erhalten, aber trotzdem nicht die Mehrheit. Ähnlich wird es der DS ergehen, die nicht nur von den meisten Mitgliedern der jetzigen DOS unterstützt wird, sondern auch von Nichtregierungsorganisationen (allen voran von einflussreichen Fachorganisationen, wie es z.B. die G17 plus ist), während die Unterstützung von Antireformkräften (in älterer und neuer Form) weiterhin abnehmen wird. Dies würde bedeuten, dass die Reformprozesse in Serbien fortgesetzt werden würden; nicht auf dem kürzesten Weg, wie sich das Ministerpräsident Đinđić wünscht, aber auch nicht extrem verlangsamt, wozu Koštunica neigt, sondern sich zwischen diesen zwei Polen bewegt. Aus dem Serbischen von Ivan Dujak.

---

**Medienhilfe Ex-Jugoslawien**

**Ihr Beitrag zu Frieden und Demokratie: Ihre Unterstützung für unsere Arbeit**

**Solidarisch und professionell**

gegen Nationalismus und Chauvinismus

Tel (+41) 01/272 46 37, Fax (+41) 01/272 46 82

Postfach, CH-8031 Zürich, Schweiz

info@medienhilfe.ch, http://www.medienhilfe.ch

**Ihre Spenden auf PC 80-32253-9**
Einige Thesen zur Übergangskrise

von Aleksandar Fatić

Serbiens Transition ist mit Schwierigkeiten gepflastert. Die Art der Auslieferung Miloševićs, die weitverbreitete Korruption, die mangelnde Gewaltenteilung sowie die schwindende politische Legitimation der serbischen Regierung sind große Hindernisse auf dem Weg zur Etablierung eines demokratischen, rechtsstaatlichen Systems.

1. Einleitung


Slobodan Milošević ist vergessen, aber die Durchführung seiner Auslieferung und die darauffolgenden Handlungen, welche die serbische Regierung auf internationaler Ebene und im Inneren unternahm, führen zur allgemeinen Ansicht, dass die Dinge geblieben sind, wie sie unter Milošević waren, oder dass sie für viele noch schlechter geworden sind.

2. Außenpolitische Misserfolge

2.1. Die Durchführung von Miloševićs Auslieferung: Abkürzungen


Die andere Denkschule, zu der sich auch der Autor zählt, argumentierte, dass die Formulierungen der Verfassung präzise waren, auch dass die „Auslieferung von Angehörigen der BR Jugoslawien in ein fremdes Land verboten ist“, dass aber eine Internationaler Gerichtshof in den Niederlanden auf Basis der UNO mit allen Prinzipien der Extraterritorialität auf keinen Fall als zu einem fremden Land gehörig interpretiert werden kann, sondern vielmehr zu den internationalen Institutionen, deren Mitglied auch die BR Jugoslawien ist. So gab es keinen Konflikt zwischen der Ver-
fassung, der Souveränität, die durch die oben beschriebenen Verfassungsbestimmungen garantiert ist, und der Notwendigkeit, Milošević an den Internationalen Gerichtshof auszuliefern. Diese Denkschule argumentierte auch, dass es weniger entscheidend war, dass die UN-Charta nicht ratifiziert wurde, da sich die internationalen Beziehungen seit der zweiten Mitgliedschaft Jugoslawiens immer verändert hatten; vor allem die UNO hatte sich von einem marginalen zu einem entscheidenden „global player“ gewandelt, und es gehörte zu ihren Grundprinzipien, dass alle Mitgliedstaaten automatisch alle Bestimmungen der UN-Charta durch die Vollmitgliedschaft annehmen. So argumentierten wir, dass Milošević nach Den Haag geschickt werden sollte, wie es die klare und unzweideutige internationale Verpflichtung der BR Jugoslawien wäre.

Sobald diese zweite Interpretation von den politischen Eliten an den Schlüsselstellen akzeptiert wurde, blieb noch viel zu tun, um die Auslieferung von Milošević mit dem dringenden Problem, in der BR Jugoslawien die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, in Einklang zu bringen. Das ist mit der Mentalität der Korruption verbunden, welche die politische Elite Serbiens weiter verfolgt, weil die folgenden Aktionen zeigten, wie weit sie darauf vorbereitet ist, legale Kurven abzuschneiden, um ihre eigenen Interessen zu sichern. Im Spezielen, obwohl neuere Interpretationen bestätigten, dass es kein constitutionelles Hindernis gegen die Zusammenarbeit mit dem ICTY gab, blieben einige ernsthafte gesetzliche Hindernisse zu überwinden. Das (Bundes)Gesetz der BR Jugoslawien über Kriminalverfahren schrieb die notwendige Abhängigkeit der Auslieferung ausländischer StaatsbürgerInnen an fremde Staaten vor, enthielt aber keine Beschreibung der Vorgänge, die man auf die Auslieferung jugoslawischer StaatsbürgerInnen, inklusive der Auslieferung an internationale Gerichtshofe, anwenden hätte können. Deshalb musste das Gesetz erweitert, oder eine andere legale Lösung für das Problem gefunden werden, denn klarerweise konnte Milošević nicht von irgendjemandem gepackt und nach Den Haag geschickt werden; eine gesetzskonforme Vorgehensweise musste gefunden werden, welche seine Sicherheit und die Einhaltung seiner grundlegenden Menschenrechte beim Prozess garantiert würden. Das zumindest musste der neuen Regierung klar sein. Mehr noch, die Regierung wurde öffentlich von vielen Experten gewarnt, keine Abkürzung zu nehmen.

Wie so oft in „Rumpf“-Jugoslawien war es aus wenigstens zwei Gründen schwierig, Änderungen des Bundesgesetzes über Kriminalverfahren zu institutionalisieren. Erstens hatte es die Serbische Regierung unter Premierminister Zoran Đinđić eilig, den Diktator nach Den Haag auszuliefern, um internationale Hilfe zum Wiederaufbau des Landes zu erhalten. Zweitens war es unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung, bestehend aus der Sozialistischen Volkspartei (SNP) Montenegros (pro-Milošević) und der Demokratischen Opposition Serbiens einer Gesetzesänderung zustimmen würde; es war klar, dass die SNP gegen die Auslieferung war. Um die ge- setzliche Lücke zu überbrücken, erließ die Bundesregierung ein Dekret, nach dem die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof eine internationale Verpflichtung der BR Jugoslawien wäre, und dass demgemäß alle Bestimmungen des Gesetzes, das die Auslieferung ausländischer StaatsbürgerInnen an fremde Staaten regelt, auch für den „Transfer“ von StaatsbürgerInnen der BR Jugoslawien an den Internationalen Gerichtshof anzuwenden sind. Die SNP stimmte damit aus taktischen Gründen zu, indem sie einen ihrer Minister zur Sitzung schickte, bei der das Dekret angenommen wurde, während der Verhandlung der öffentlichen Ablehnung der Kooperation mit dem Internationalen Gerichtshof der Rest der Parteirepräsentan- 

den an der Sitzung nicht teilnahm.


2.2 Die „albanische Frage“


Alle diese Beobachtungen könnten als Versuch, billig politische „Punkte zu sammeln“ gesehen werden. Nach den katastrofalen Ereignissen in Kosovo und Makedonien sind jedoch nur wenige Politiker oder Experten bereit, die Phänomene als zufällig und nicht in Zusammenhang mit ethnischer Homogenisierung zu sehen. Die serbische Bevölkerung sieht die Entwicklungen in Mazedonien und die allgemeine Ausbreitung des militanten albanischen Nationalismus als Konsequenz der westlichen Toleranz gegenüber ethnisch albani schen Führer, die ihre politische Ziele mit Kriegszügen erreichen wollen. Die serbische Bevölkerung nimmt die serbische Regierung und die Regierung der BR Jugoslawien als ineffizient an der außenpolitischen Front, was die Verhinderung gewalttätiger territorialer Erobungen durch albanische Extremisten betrifft. Wenn diese Probleme in Montenegro explodieren, wird das ein Minus für die DOS sein, das möglicherweise der letzte Nagel zu ihrem politischen Sarg in Serbien ist.

3. Kritische innenpolitische Fragen

3.1. Kriminalität und Korruption


Dem neuen Innenminister gelang es nicht, einen der politischen Morde zu klären, die in den letzten Jahren verübt worden waren, obwohl das ein Versprechen am Beginn seiner Amtszeit war. Er endete damit, demjenigen 300.000 Deutsche Mark zu versprechen, der Informationen liefert,


Als Momir Gavrilović getötet wurde, erschienen in der Tageszeitung „Blic“ die ersten Anschuldigungen über eine Verbin dung der serbischen Regierung mit dem organisierten Verbrechen. Es war genau der oben erwähnte Minister, der daraufhin den Herausgeber anrief und verlangte, dass die Informationsquelle genannt wird. Er wurde später vom Herausgeber beschuldigt, „die Untersuchung anstatt des Gerichtshofes zu führen“. Der Herausgeber weigerte sich, seine Informationsquelle zu nennen, der Minister drohte daraufhin in aller Öffentlichkeit mehrmals mit Gefängnis, argumentierte mit der „sozialen Gefahr“, die aus dem Verbrechen entspringt. Er behauptete, dass der Schutz der Informationsquelle „in solchen Fällen nicht angewendet werden kann“. Damit ignorierte er, dass es nicht an ihm war, diese Themen zu kommentieren, schon gar nicht je mandem mit Gefängnis zu drohen.


3.2. Legitimitätsdefizit


Der serbische Premier hatte gemäß Um fragen vor dem Sommer 2001 15 % persön liche Zustimmung, der Präsident der BR Jugoslawien hingegen 80 bis 85 %. Alle anderen Parteiführer haben ganz geringe Zustimmungsraten; gerade einige von ihnen argumentieren aber, dass, wer nicht dabei ist, eben nicht mitreden kann. Soviel zur Legitimität der serbischen Regierung. Auf Parteienebene ergaben die gleichen Um fragen, dass die DSS um die 55 % Zustimmung hat. Die verbliebenen 45 % teilen sich auf mehr als 20 Parteien auf, davon sind 18 in der DOS-Koalition. Das sind ernsthafte Zahlen, die politische Weisheit in Koalitionsverhandlungen erfordern, wie jeder Politiker in einem demokratischen wei ter entwickelten politischen System in Eu ropa sofort erkennen würde.

Weitere Probleme mit der Legitimität entstehen durch die zahlreichen gebrochenen Wahlversprechen. Einige wurden be reits erwähnt, aber die dringlichsten be treffen den Lebensstandard. Die Regie rung war in Kontroversen über die Privatisierung verwickelt, speziell im Falle der Privatisierung des Beocin Betonwerks, die im Geheimen durchgeführt wurde. Das Wahl programm der gegenwärtigen Regierung hatte die Massenprivatisierung über Vou cher „als die gerechteste Form der Privatisierung für die meisten öffentlichen Unternehmen“ bezeichnet. Nun werden Unternehmen jedoch auf undurchsichtige
Weise verkauft, um Budgetlöcher zu stop-
fen.

Ohne allzu tief in die konzeptionellen Feinheiten des Leitmitteldefizites der gegenwärtigen serbischen Regierung ein-
zudringen, ist klar, warum Parteien, die nach allen Umfragen so wenig öffentliche Unterstützung haben, Neuwahlen so ve-
hemut ablehnen. Das wirft einen Schat-
ten auf die demokratischen Blickwinkel und Prinzipien, die sie vertreten. Es scheint, dass die Regierung Schwierigkei-
iten hat, eine Forderung der Gewerkschaf-
ten an sie vor der Koalitionstreffen vom 28. August 2001 zu erfüllen: „Hört auf zu herrschen und beginnt, die Gesellschaft zu verwalten!“

3.3 Steuern und Unethlichkeit

Die serbische Regierung führte neue Steuern und ökonomische Reformen ein, welche die Lebenshaltungskosten emp-
findlich steigerten, während die Löhne und Gehälter auf dem Niveau der Milošević-
Zeit blieben. Das ist und wird es wohl bleiben – das Hauptproblem. Politisch risi-
kanter sind für die Regierung jedoch die anhaltenden Versuche mancher Minister, die Veränderungen im Steuernwesen als „Li-
beralisierung“ und „Senkung der Bela-
stung für die Wirtschaft“ zu präsentieren. Gefährlich wird die Ermennung von Perso-
en in sensiblen ökonomischen Berei-
chen, die keine demokratische Unterstüt-
zung haben, weil sie aus Auswärts geholt wurden, wo sie in Geschäfte verwicket waren, aber niemand jemals für sie ge-
stimmt hat und niemand in Serbien weiß, wofür sie stehen.

Die Korruption in der Finanzverwal-
tung in Serbien wucherte unter dem vor-
hergehenden Regime, gleichzeitig waren die Lebensbedingungen in Serbien völlig chaotisch. Das Bankensystem war dys-
funktional, es gab eine dramatische Diffe-
renz zwischen dem offiziellen und dem „schwarzen“ Wechselkurs der nationalen Währung, des Dinars. Das zwang jeden er-
wachsenen Bürger Finanzvergehen zu be-
gehen, um wenigstens überleben zu kön-
nen. Geldmittel wurden auf dem Schwarz-
markt eher getauscht als in der Bank. Trans-
aktionen wurden eher in bar als mittels Banküberweisungen getätigt. Steuern wur-
den massiv hinterzogen und die damalige Opposition – heutige Regierung – rief die Menschen offen dazu auf, dem Staat kei-
ne Steuern zu zahlen. Nun, mit den neuen Parteien an der Macht, kann sich die ehemals wegen ihrer Bestechlichkeit berüh-
tigte Finanzpolizei ausleben. Sie hebt nicht

Die allgemeinen Bedingungen in Ser-
biens nach Milošević sind anhaltend schlecht; es fehlen Fähigkeit und Wille, die Regierung einer funktionierenden Kontrolle zu unterwerfen. Vielmehr ver-
lässt man sich viel zu stark auf die finanzi-
elle und politische Unterstützung aus dem Ausland. Es gibt auf diplomatischer Ebe-
ne zweifelsohne einige Fortschritte – vor al-
lem die Wiederanerkennung der BR Jugo-
slawien durch die wichtigsten internationa-
len Organisationen. Man könnte aber auch argumentieren, dass diese quasi au-
tomatisch erfolgt wäre, weil die internationa-
le Gemeinschaft die Auslieferung von Milošević zur Vorbedingung für die Reha-
bilitation der BR Jugoslawien gemacht

Aus all dem folgt, dass die Zukunft Serbiens durch häufige Regierungswech-
sele charakterisiert werden wird, durch an-
haftende Krisen, ökonomische und politi-
sche Unruhe, die in dem fehlenden un-
abhängigen öffentlichen Institutionen ihre

urqenzen. Das ist kein Szenario, auf das
die Zukunft Neuwahlen abgehalten werden, ein gesünderes, demokra-
tisches Klima durch eine substantielle und demokratische Opposition im Parla-
ment entstehen, der Kurs könnte geändert werden, damit er mit erfolgreicher Län-
dern Zentraleuropas in Einklang gebracht

wird. Im Moment wird diese „Frage aller Fragen“ nur sehr schüchtern gestellt und geht im Kampf um die Macht zwischen DOS-
Mitgliedern unter, statt das natürli-
che Ergebnis eines demokratisch legitimier-
kurses zu sein, für den die WählerIn-
en im vergangenen Jahr gestimmt haben.

Die internationalen Aussichts Serbi-
ens sind in diesem Licht komplex und schwierig. Die ausserordentliche Korruption, die nicht nur finanziell bedingt ist, sondern auch durch den uneingeschränkten Kar-
rierismus politischer Führer und ihrer stän-
digen Suche nach informellen Hebeln au-
ßerhalb der Institutionen, wird zu einem
von zwei möglichen Resultaten führen.

1) Die internationale Gemeinschaft und der „Stabilitätskata“ bleiben in einer „Lie-
besbeziehung“ mit dem dritten Jugoslawi-
en (heißt in der Praxis die verdoppelte Re-
gerung in Serbien, weil Montenegro die BR nicht anerkennt). Es ist durchaus möglich, dass die internationale Gemeinschaft eine

graduelle Entwicklung zum „Kolumbias-
chen Mythos“ tolerieren und die politi-
ischen Eliten die Mittel zum Überleben zur

Verfügung stellt wird, so lange sie inter-

4. Kurze Zusammenfassung

Serbien nach Milošević wird von ver-

schiedenen politischen Kräften regiert,

deren Verbindungen kompliziert und wid-

ersprüchlich sind, was zu Problemen beim

Übergang, in dem sich das Land derzeit

befindet, beitrug. Es fehlt der politische Wille, ernsthaft öffentliche Institutionen aufzubauen, die transparent und demokra-
thisch kontrollierbar sind, oder auch, um or-
dentliche Standards politischer Legitimität

aufzubauen.

Der Rückzug von Milošević war für Serbien notwendig, um aus der verhäng-

nissvolen Isolation und Stagnation als Halbdiktatur zu kommen. Seine Ausliefe-

rung nach Den Haag, wahrscheinlich aus

Gründen der Gerechtigkeit notwendig, war

vom Verfahren her illegal und zeigte den

doppelten Charakter der Regierungs-

methoden, die in Serbien entstehen.


Welches der beiden Szenarien in Serbien Wirklichkeit werden wird, wird bald klar sein. Im Moment deutet alles auf das erste Szenario hin. Es muss aber festgestellt werden, dass revolutionäre Veränderungen am Beginn die Tendenz haben, in Formen totalitärer Herrschaft auszuarbeiten. Es liegt an der Zeit, dem politischen Geschick, der Energie und dem Einsatz der echten „verborgenen“ Gesellschaftsreformer, diesen Trend zur Degeneration zu korrigan.

---

4 Die BR Jugoslawien trat der UNO faktisch neu bei und belebte nicht die suspendierte Mitgliedschaft des „zweiten“ Jugoslawien wieder.
5 Die serbische Regierung hält das Verfahrensgericht für illegitim, da seine Richter noch von Milošević ernannt wurden.
10 Zorica Vuletić-Zarić, »Goran Petrović (Pra-
Unveränderter Druck der Regierungsparteien

von Veran Matić

1. Einführung


2. Rechtlicher Rahmen


Was die Printmedien betrifft, schuf die – für das demokratische Image der neuen serbischen Regierung vorteilhafte – Tatsache, dass es kein Informationsministerium mehr gibt, eine Situation, in der einziges Mitglied der Regierung verpflichtet ist sich systematisch mit der Umgestaltung des

Veran Matić ist Präsident der Vereinigung unabhängiger elektronischer Medien in Serbien (ANEM).


3. Probleme der Staatsmedien


Die lokalen, von lokalen Behörden kontrollierten Medien, die auch in die Katego- rie der staatlichen Sendeanstalten fallen, stehen ebenfalls unter einem wachsenden Druck durch die lokalen Sektionen der herr- schenden Parteien. Darüber hinaus können diese Sender nicht ohne die vorherige Zu- stimmung der lokalen Behörden privatisiert werden. Diese Position verhindert, dass sie ihre Rolle als Wächter der Öffentlichkeit auf lokaler Ebene angemessen erfüllen können.

Man kann aus all dem schließen, dass die Situation der Staatsmedien in Serbien überaus prekär ist. Diese Medien wurden daran gehindert, einen Systemwechsel hin zu öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten (im Falle von RTS) oder eine autonome Privatisierung (bei den lokalen und regionalen Sta- tionen) zu durchlaufen. Die Möglichkeiten für eine unabhängige Finanzierung sind li- mitiert und die Politik übt einen wachsen- den direkten Einfluss auf die Redaktionen aus. Weder die finanzielle noch die perso- nelle Situation hat sich verbessert, und es wird noch viel Zeit und große Anstrengun- gen brauchen, bis die Sendeanstalten das Niveau entsprechender Medien in anderen Transformationsländern erreichen. Dies ist allerdings nur möglich, wenn eine direkte Einmischung der politischen Machzentren auf die Redaktionspolitik unterbleibt, denn wo solche Einflussnahme besteht, ist diese Umgestaltung unmöglich.

4. Probleme der unabhängigen Medien

Die unabhängigen Medien blieben in ih- rer Berichterstattung auch nach dem politischen Wandel, unvoreingenommen und objektiv, so dass man von einer Art Kontinuität seit der Zeit vor Miloševićs Verdrängung von der Macht sprechen kann. Das Hauptproblem – wie oben ausgeführt durch die Unfähigkeit oder Nach- lässigkeit der neuen Behörden in Sachen gesetzliche Grundlagen bedingt – besteht darin, dass sie keinerlei Chancen haben, mit den durch das Milošević-Regime privile- gierten Medien in einen fairen Wettbewerb zu treten, weil sie durch das Moratorium bei der Vergabe der Sendefrequenzen (im Falle der elektronischen Medien) oder durch die wirtschaftlich ungünstige Lage (fehlende Steuererleichterungen und Steuern auf
unverkaufte Exemplare im Falle der Printmedien) behindert werden.


Die Verzögerung bei der Annahme des neuen Mediengesetzes sowie bei der Ankündigung der öffentlichen Ausschreibung für Sendezulassungen verunmöglichen es den unabhängigen Sendern, an Entwicklungsplänen zu arbeiten, da niemand weiß, wie die Bedingungen bei der Lizenzvergabe aussehen werden, oder ob die unabhängigen Medien überhaupt Lizenzen erhalten werden. Der größte Nachteil des existierenden Mediensystems liegt jedoch darin, dass es unabhängigen Medien nicht erlaubt ist, ihr Sendebereich auf die nationale Ebene, die bis jetzt den Staatsmedien und Miloševićs ehemaligen Medien-Marionetten vorbehalten ist, auszudehnen.


5. Neue Bedrohungen für unabhängige JournalistInnen


6. Empfehlungen

Geht man davon aus, dass das erste Ziel der Medienlandschaft in Serbien die Anpassung an europäische Standards sein sollte, und dass es die Rolle der Medien ist
bei der Etablierung, Erhaltung und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft zu helfen, was jedoch die Erhaltung des vitalen, in der Konfrontation mit Milošević in die Öffentlichkeit getretenen Segments des Mediensektors voraussetzt, führen wir uns dazu berechtigt, einige spezifische Empfehlungen an die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbiens wie auch an die internationale Gemeinschaft zu formulieren. Wir sind davon überzeugt, dass diese Empfehlungen – sofern sie in konkrete Taten umgesetzt werden –, die Mediensusanne Serbien sowohl kurz- als auch langfristig verbessern und damit beträchtlich zur dringend notwendigen sozialen Stabilität während der Übergangsperioden beitragen würden.

A. Empfehlungen an die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbien

* In Anbetracht des Vakuums, das im Medienbereich sowohl auf Gesetzes- und Verordnungsebene als auch bei der politischen Strategie im Bereich öffentliche Information besteht (im Moment gibt es kein einziges dafür zuständiges parlamentarisches Gremium oder Ministerium und keine funktionierende unabhängige Regulierungsinstanz), ist die Schaffung eines Organs notwendig, das die Gesetzesänderungen koordinieren und die Medienpolitik formulieren soll. Solch ein Organ sollte eine unabhängige Staatsagentur sein.


* Die Regierung sollte einen Bericht über die Situation der Medien vorbereiten: Was wurde wirklich vom früheren Regime geerbt und welche Pläne hat sie, um das Chaos und die Verwirrung in diesem Bereich zu überwinden? Dies ist wichtig im Hinblick auf die neuen Gesetze und Verordnungen, die früher oder später eingeführt werden müssen, aber auch um einen klaren Bruch mit der Vergangenheit zu machen und die besseren Diskussionen über Ungerechtigkeiten und der Wiedergutmachung zu bean- den; die Regierung sollte für die Reform notwendigen Maßnahmen vorschlagen, sobald darüber ein genereller Konsens besteht.


- Vergabe von Sendelizenzen für den gegenwärtigen Sendebereich an alle unabhängigen Sender. Diese Lizenzen sollten für die nächsten zwei Jahre gelten, d.h. bis die öffentliche Vergabe der Sendelizenzen in einer bestimmten Region unter dem neuen „Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Sender“ abgeschlossen ist.

- Vergabe von zeitlich limitierten Lizenzen, die bis zum Abschluss der öffentlichen Vergabe unter der neuen Gesetzgebung gültig sind (wenn nötig sogar auf Kosten der großen kommerziellen Sender, die dank ihrer engen Beziehungen zum Milošević-Regime ungehindert gedeihen und sich entwickeln konnten) an diejenigen unabhängigen Sender, die sich strikt an das Moratorium halten haben, sogar wenn es zu ihrem eigenen Nachteil war – denn in der Tat entstanden und verbreiteten sich neue „ kommerzielle“ Medien, die das Moratorium verletzten.

- Schuldendämm und Kompensationen durch die Erlaubnis zur Benutzung spezieller Frequenzen an diejenigen Sender, die während des Milošević-Regimes eine unabhängige Redaktionspolitik und Programmgestaltung verfolgten.

- Rückgabe der technischen Ausrüstung der unabhängigen elektronischen Medien, die während der Milošević-Ara konfisziert wurde. Falls die beschlagnahmten Ausrüstungsgegenstände nicht gefund werden können, sollten die unabhängigen Medien entweder direkt oder indirekt, z.B. in Form von Bundesobligationen, die zur Bezahlung von Steuern, Zollgebühren usw. benutzt werden könnten, entschädigt werden. (…)

B. Empfehlungen an die internationale Gemeinschaft

Es ist notwendig, mit der Bereitstellung aller Arten von Hilfe für die unabhängigen Printmedien und Sender fortzuführen, besonders auch auf die Tatsache, dass die neuen Behörden das nötige Umfeld für normale Geschäftsttransaktionen so lange nicht garantieren können, bis sie geeignete Bedingungen für einen fairen Wettbewerb auf dem Medienmarkt geschaffen haben.


Vorausgesetzt, die Staatsmedien werden schlussendlich wirklich in öffentlich-rechtliche Sender umgewandelt, muss dieser Übergangsprozess unterstützt werden, v.a. durch Ausbildungskurse für Journalisten und durch Hilfe bei der modernisierung der technischen Ausrüstung. Die Umgestaltung in öffentlich-rechtliche Sendeanstalten wird eine autonome Finanzierung derselben mit sich bringen, was die Unterstützung von Medienmanagement-Ausbildung nötig macht, damit diese Medien erfolgreich agieren können.

Eine Unterstützung von Projekten und Organisationen, welche die Situation der Medien- und Ausdrucksfreiheit im Allgemeinen überwachen sowie über Verstöße dagegen berichten, ist unabdingbar.

Projekte, die auf die Entschlüsselung von Kriegsverbrechen und Zerstörung abzielen, brauchen Unterstützung. (…)

(Fortsetzung des Artikels von Seite 22)

nicht beschreiben, da die alternativen Gewerkschaften nicht gerade viel Einfluss haben.

**Mandel: Sind die alternativen Gewerkschaften in der Ukraine noch schwächer als in Russland?**


Um noch einmal auf die Schule zu sprechen zu kommen: Ihr Ziel ist es, den Arbeitern die Rolle der Gewerkschaften zu vermitteln und ihnen zu helfen, die Gewerkschaften in demokratische Arbeiterorganisationen umzuwandeln. Unsere Arbeiter versteht den Kapitalismus und ihre eigne Interessenlage nicht wirklich.

**Mandel: Die komplizierte Politik der Gewerkschaftsführer findet bei den einfachen Mitgliedern also Anklage?**

V. Zlenko: Ja, die Arbeiter halten an ihrer sowjetisch geprägten Mentalität fest, auch wenn sie sehen, wie das Management vorgeht. Aber wie bereits erwähnt ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einer stärkeren Unabhängigkeit der Arbeiter die Tatsache, dass die meisten unserer Fabriken still stehen. Wenn die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz wären und von ihrem Lohn leben könnten, wäre es viel einfacher, etwas zu verändern.

**Mandel: Wie rekrutieren Sie Arbeiter für die Schule?**

V. Zlenko: Das ist sehr kompliziert. Wenn ich einfach in die Fabriken gehen könnte und die Arbeiter, die Interesse an gewerkschaftlichem Engagement zeigen, direkt einladen könnte, wäre es einfach. Da ich diese Möglichkeit aber nicht habe, muss ich über regionale Funktionäre, die mir nahe stehen, den Kontakt zu Interessierten herstellen. Für die ASMU sind das hauptsächlich die Regionen Charkiv, Vinnica und teilweise Kremenchug, für die REP unterstützen mich Lugansk, Dnepropetrovsk und Doneck.


In unseren Kursen vermitteln wir kein Patentrezept für Verhandlungsführung oder zur Verwaltung der Gewerkschaftsfinanzen, obwohl das vielleicht keine schlechte Idee wäre, wenn wir die Ressourcen dafür hätten. Unser Ziel ist es, Aktivisten zu helfen eine neue Sichtweise zu entwickeln – unabhängig davon, was das Management, die Regierung, die Presse und sogar ihre eigenen Funktionäre ihnen erzählen. Die Arbeiter sollen eine eigene unabhängige Sichtweise auf die Unternehmen, die Gesellschaft und ihren Platz darin entwickeln.

Fast ebenso wichtig für unsere Kurse ist die Tatsache, dass die Schule ein Ort ist, an dem sich engagierte Arbeiter aus unterschiedlichen Betrieben und Regionen gegenseitig unterstützen und Erfahrungen austauschen können. So beginnen sich, sich selbst als Klasse wahrzunehmen. Im Moment gibt es keinen anderen Ort, wo das möglich wäre. In unserem letzten Seminar in Charkiv im Mai waren Leute aus vier verschiedenen Gewerkschaften dabei, darunter auch freie Gewerkschaften sowie Sam Gindin, der ehemalige Assistent des Präsidenten der CAW. Nicht alles, was der Arbeiter aus der freien Gewerkschaft sagte, ergab einen Sinn, aber zum mindesten ist er aktiv und versucht wirklich die Leute zu mobilisieren. Wir haben ihn also zu unseren Seminaren in Charkiv eingeladen und er kommt.

**Mandel: Was kann mit solchen Bildungsmaßnahmen erreicht werden?**


Gewerkschaften für einen Stabilitätspakt mit sozialer Dimension

von Grigor Gradev


Bei den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um einen effizien-

Der Stabilitätspakt hatte also das Ziel, Stabilität zu bringen, die Bedingungen für eine allgemeine Weiterentwicklung auf dem Balkan zu schaffen und den Wandel zu beschleunigen, speziell in Serbien. Der Koordinator des Paktes umriss die Aufgaben mit den Worten, Ziel sei es einen Neubeginn in der Region zu ermöglichen.

Die soziale Dimension des Stabilitätspakts

Der Stabilitätspakt entstand als schnelle und ziemlich spontane Reaktion der internationalen Gemeinschaft unter der Führung der EU, um nach der Kosovo-Krise denjenigen Gesellschaften, die den Weg der Reformen eingeschlagen hatten, beim Wiederaufbauprozess und der Stabilisierung eine Perspektive zu bieten. Durch die Unterstützung dieser Bemühungen sollte ein Gürtel des Wohlstands und der Entwicklungs- und Wirtschaftsprozess um Jugoslawien geschaffen werden, der durch seine Beispielwirkung den Druck auf das Milošević-Regime erhöhen würde, selbst ebenfalls Reformen zuzu lassen. Damit Hand in Hand gehend sollte durch eine neue wirtschaftliche Dynamik das Image der EU und anderer westlicher Staaten in der Region aufgebessert werden, nachdem die Militärkampagne der NATO im Kosovo-Konflikt sehr umstritten gewesen war.

Das Hauptgewicht der Aktivitäten des Stabilitätspakts war offensichtlich darauf ausgerichtet, nach den militärischen Erfolgen auch Fortschritte beim Transformati onsprozess auf der Basis (west)europäischer Werte und Standards zu erzielen. Der verfolgte Ansatz entsprach dem eines klassischen Transitionsprozesses, wie er von den internationalen Finanzinstitutionen vorgegeben war. Die Notwendigkeit für finanzielle und wirtschaftliche Reformen wurde überbetont, während Fortschritte im sozialen Bereich nur als Nebenprodukt dieser Reformen angesehen wurden. Dabei zeigte der erste Plan des Paktes ein beschränk-

Grigor Gradev ist Koordinator des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) für den Stabilitätspakt für Südosteuropa.


Damit gab die Erklärung von Sofia nicht nur volle politische Unterstützung für die Entwicklung einer sozialen Dimension des Stabilitätspakts, sondern skizzierte auch ein ziemlich klares Maßnahmenprofil für die Region. Die wesentlichen Akteure waren zudem bereit, diese Maßnahmen auch in die Praxis umzusetzen, wenngleich sie vorläufig noch immer außerhalb des Rahmens des Paktes verblieben.

**Strategien und Maßnahmen des EGB**


- Eine Anfrage an die Europäische Kommission über ein Arbeitsprogramm zu sozialen Fragen innerhalb des Paktes.
- Die Einrichtung einer speziellen Website, um Informationen für und aus der Region und zwischen den Organisationen der Region zu kanalisieren.
- Die Vorbereitungen für diese Aktivitäten wurden begonnen und eine Arbeitsgruppe von Experten aus der Region formiert, um die nötigen Dokumente für die praktische Umsetzung der Beschlüsse auszuarbeiten.

**Das EGB-Balkanforum und die Task Force**


- Die Förderung der Demokratie, mit sozialen Rechten und den Rechten der Gewerkschaften als eine Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region.
- Ein ehrlicher sozialer Dialog und die volle Teilnahme der Arbeiter und Gewerkschaften im Wiederaufbau- und Integrationsprozess.
- Eine wirtschaftliche Transformation mit einer effektiven sozialen Dimension – basierend auf dem Europäischen Sozialmodell als Basis für die Bewertung des erzielten Fortschritts –, um die Errungenschaften der Reformen zu konsolidieren. Die Bemühungen in diesem Bereich setzen ein effizientes Anti-Korruptionsprogramm für transparente und sozial akzeptable Wirtschaftsreformen voraus.
- Regionale Kooperation als ein wesentlicher Beitrag für die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung mit dem EGB als anerkannter Plattform, um Kontakte zwischen den Gewerkschaftsorganisationen in der Region zu erleichtern.


Die Strukturen und Organisationen des EGB im Hinblick auf den Stabilitätspakt wurden in zwei Richtungen entwickelt. Erstens sollten Organe direkt an der sozialen Dimension des Stabilitätspakts teilnehmen. Parallel dazu sollte die Zusammenarbeit auf nationaler und regionaler Ebene erleichtert werden, um den sozialen Dialog und die Rolle der Gewerkschaften im Transformati onsprozess zu stärken.

**Die Aktivitäten der Task Force**

Die Etablierung einer permanenten Struktur innerhalb des EGB-Sekretariats für die operationelle Unterstützung des Forums sollte die spontan gebildete Ar

Die Zusammensetzung der Task Force variiert entlang zweier zentraler Entwicklungsrichten:


- Zweitens formiert sich schrittweise ein ziemlich stabiler Kern von Experten aus Albanien, Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Makedonien, Montenegro, Rumänien und Serbien. Vertreter von Gewerkschaften anderer Balkanstaaten (speziell aus Griechenland und der Türkei) nahmen nur sporadisch teil, was de facto zur Abwesenheit ihrer Experten in einigen entscheidenden Treffen der Task Force für nun schon ein Jahr führte.


Des Weiteren zeigte die Bildung der Task Force, welches Potential regionale Netzwerke selbst innerhalb einer kurzen Zeitspanne und angesichts von Mängeln an Erfahrung besitzen. Sie ist eine Art Proto- typ, der sich durch interpersonelle und organisationsübergreifende Verbindungen auszeichnet, die einander gegenseitig ver- stärken und in gemeinsamen Projekten und Aktivitäten resultierten, was ein besseres Verständnis der jeweils anderen Organisation auf der folgende betonte:

Regionale Aktivitäten


Gleichzeitig wurde vor Ort das Pro- gramm der Task Force umgesetzt und die Gelegenheit wahrgenommen, zentrale Fra- gen der Stabilisierung speziell in politisch sehr sensiblen und spannungsbeladenen Be- reichen anzusprechen. Ein paar Beispiele für diese Art von Interventionen im Folgenden:


schließlich schrittweise und mit Unterstützung der Minenarbeitergewerkschaft des Kosovo, der UGS Nezavisnost, der serbischen Gewerkschaft in Trepcza und bulgarischer und mazedonischer Gewerkschaften realisiert werden.


Die Initiative für soziale Kohäsion (ISK)


- Die Entwicklung eines sozialen Dialogs, der die Konsensbildung erleichtern und den Sozialpartnern die Möglichkeit geben sollte, effektiv auf die Gestaltung der Politik in der Region Einfluss zu nehmen.
- Soziale Sicherheit, die allen bedürftigen Gruppen gleichermaßen den Zugang zu Dienstleistungen gewährleisten soll.
- Die Schaffung neuer Standards in den Bereichs Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz gemäß europäischer Richtlinien.
- Verbesserung des Gesundheitswesens.
- Die Entwicklung von Modellen für bili ge Sozialwohnungen, speziell für Flüchtlinge und ethnische Minderheiten.


Man sollte sich vom Prozess der Einbrin- gung einer sozialen Dimension keine Wunder erwarten. Die Herstellung von Kontakten zwischen verschiedenenartigen und oft miteinander rivalisierenden Interessengruppen ist an sich schon schwer genug und ein Erfolg an sich. Die ISK kann die große Last an sozialen Problemen in der Region nicht lösen, schon gar nicht in kurzer Zeit. Was sie kann, ist unter Berücksichtigung der mittlerweile recht umfangreichen Erfahrungen der Reformstaaten Osteuropas neue Strategien zu entwickeln und dabei zu helfen, so weit wie möglich Fehler auf diesem Weg zu vermeiden.

Damit sollen die guten Ideen, die eingeführt wurden, nicht herabgewürdigt werden. Vielmehr soll die Bedeutung der Wahrnehmung des Reformprozesses in den einzelnen Gesellschaften vor Ort hervorgehoben werden. Es ist sehr vielversprechend, dass mit
Ausnahme des Gesundheitsektors so gut wie kein Interesse von Seiten der Regierungen für die essentiellen Bereiche der Beschäftigung und des sozialen Dialogs besteht. So gar ein gemeinsames Projekt des EGB-Balkanforums und der Internationalen Arbeitgeberorganisation über die Entwicklung des sozialen Dialogs hatte Probleme, auf der Geberkonferenz Gehör zu finden.

**Schlussfolgerungen**

Der gegenwärtige Stand der ISK stellt nur die Anfangsphase in der Entwicklung einer sozialen Dimension des Stabilitätspakts dar und war in dessen Rahmen ein echter Durchbruch. Um aber neben den internationalen Finanzinstitutionen ein echter Fokus für die Entwicklung neuer Strategien zu werden, bedarf sie noch größeren Unterstützung. Es muss verhindert werden, dass ihre Tätigkeit zu einem versteckten Instrument des Krisenmanagements und der humanitären Hilfe verkommt.


---

**MIT BEITRÄGEN VON:**
- **Carl Conset**: Strategien gegen Terror / **Michael Pohly**: Optionen nach den Taliban / **Sabine Strasser**: Kultur als Mittel der Politik / **Ulrice Lunacek**: Rauhalten – Neid danken / **Franz Leidenmüller**: Ein Krieg ist ein Krieg / **Peter Steyrer**: Bestrafung statt Vergeltung / **Drehl Robnik**: Rache für Pearl Harbor

**WEITERS:**

---


---

Aus dem Englischen von Martin Prochazka
Polen

Wenige Gewerkschaftsmitglieder, geringerer Schutz

von Frank Hantke

Einleitung

Zu Anfang muss angemerkt werden, dass ein relativ kurzer Artikel kaum den vielen Facetten, Themen und Problemen gerecht werden kann, die eigentlich ausführlich betrachtet werden müssten, um die aktuelle Situation der polnischen Gewerkschaften hinreichend zu beschreiben. In der Kürze werden daher viele Faktoren nicht oder nur unzureichend genannt, andere nur stichwortartig aufgeführt, um einige Fragestellungen zu beleuchten, die für den Autor von besonderer Wichtigkeit scheinen. Dabei ist auch ein kurzer Rückblick bis in die 1980er Jahre sinnvoll, denn viele Positionen und Konfrontationen führen in diese Zeit zurück.

Natürlich schreibt die polnische Gewerkschaftsgeschichte auch Kapitel der freien Gewerkschaften in den beiden vergangenen Jahrhunderten. Die prägenden Strukturen, die auch heute noch groß und unterschiedlichen Einfluss auf die agierenden Gewerkschaften haben, wurden allerdings nach dem 2. Weltkrieg durch die kommunistische Machtübernahme eingeführt.


Entstehung der NSZZ Solidarnosc und...


... Gründung der OPZZ


1989: Sieg der NSZZ Solidarność und der Massenbewegung


Gewerkschaften: Unterstüzerinnen „ihrer“ Parteien


Vervollständigt wurde das Bild durch die Aktivitäten der Konkurrenzorganisat on, der OPZZ. Diese näherte sich erst langsam und schritt für Schritt der Politik des Europäischen Gewerkschaftsbundes an. Die OPZZ unterstützte die oppositionelle Partei Demokratisches Linksbinndung (SLD) in ihrer Politik gegen die AWS-Regierung mit ähnlicher Intensität, wie es die Solidarność für die Regierung tat. Die Konsequenz aus dieser Gesamtkonstellation war, dass sich die Gewerkschaftsmitglieder beider Organisationen immer weniger in ihren urigen Interessen vertreten sahen.

Die Folge waren Austritte und in einigen Fällen die Unterstützung politisch neutraler Gewerkschaftsorganisationen. So bildeten sich gänzlich neue Gruppierungen, die zwar mit ihren punktualen Forderungen durchaus für ihre Klientel Erfolge bringen konnten, damit einer geene Gewerkschaftsbewegung in Polen aber keinen Dienst erweisen konnten.

Schutzkompetenz der Gewerkschaften gesunken


Trotz geringer parlamentarischer Vertretung ...

Polen ist nach wie vor – zumindest in den Köpfen vieler Spitzenpolitiker – politisch gespalten. So fest gefühlt, wie sich die beiden Lager – Antikommunisten und Postkommunisten – gegeneinander zu stellen scheinen, so zerbisch wirkt das Parteiengefüge, wie sich gerade angesichts der jüngsten

... herrsch ein strikter Glaube an Gesetze

Ein wesentlicher Grund für die starke Direktbeteiligung der Gewerkschaften an der parlamentarischen Arbeit liegt in der Auffassung begründet, dass die wesentlichen Fragen der Arbeitsbeziehungen per Gesetz zu lösen seien. So zeigt sich das Arbeitssystem Polens in seiner ganzen Vielfalt durchaus recht arbeitnehmerfreundlich, seine Durchsetzung am Arbeitsplatz ist jedoch eher schwach. Mit der Orientierung an der Gesetzesgebung geht ein großes Manuskript bei bilateralen Vereinbarungen einher. Im privatrechtlichen Bereich gibt es fast keine überbetriebliche Vereinbarung. So lässt sich die Strategie, die Arbeitsbeziehungen vornehmlich über direkte Parlamentsarbeit und Gesetze regeln zu wollen, rückblickend als scheinbare staatliche Macht und wachsende betriebliche Ohnmacht zusammensetzen.

Aufschwung berufsständischer Organisationen

Im vergangenen Jahr zeigte eine ehemals kleine Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen, das Dilemma klar auf. Angesichts der chro

mischen Unterfinanzierung des Gesundheitswesens blieben die Löhne und Gehälter weit hinter den Zusagen der Regierung zurück. Diese Gewerkschaft, die keinem Dachverband angehört, erreichte durch lang andauernde Protest- und Streikaktionen einen Teilerfolg, während die Branchengewerkschaften der beiden Dachverbände eher ge

bannt verfolgten, wie mit den Erfolgen der kleinen Konkurrenz ihre Mitglieder davonliefen. Zwar war das Ergebnis kaum mehr als ein Scherenerfolg für die vertretene Be

rufsgruppe, weil die Gewerkschaften gemeinsam eher eine grundsätzliche Finanzie

rung der Gesundheitsreform hätten fordern und durchsetzen können. Es zeigte sich aber deutlich die Gefahr der Zersplitterung in berufsständische Interessensorganisationen.

Sozialpartnerschaft auf polnisch

Wie in vielen anderen Reformstaaten wurde in Polen nach der Wende eine tripartite Kommission eingerichtet, aller

dings aufgrund eines Vertrages der damals agierenden Sozialpartnerorganisationen und nicht auf Grund eines Gesetzes, das prinzipielle Vorgaben hinsichtlich der Repräsentativität oder auch der zu lösenden Aufgaben enthalten würde. Da sich besonders bei den Sozialpartnerstrukturen organisatorisch und strukturell in den vergangenen Jahren manches geändert hatte, ergab sich bei der gleich gebliebenen Besetzung der tripartiten Kommission ein zunehmend schrages Bild. In vielen Fällen konn

tisierung der Wirtschaft ohnehin überlebt. Sie fürchten sogar, dass damit die notwendige Entwicklung eines leistungsfähigen bilateralen Dialoges zwischen den Sozialpartnern eher gebremst wird.

Dios scheint sich in Polen in vielfältiger Weise zu bestätigen. Mit wenigen Ausnahmen gibt es im privatwirtschaftlichen Bereich keinen ausgeprägten bilateralen Dialog, damit auch keine Branchentreffsver

einbarungen oder ähnliche Verträge. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialpartner gerade in schwierigen Branchen sind damit begrenzt, auftretende Probleme kon

kritisieren sich auf der betrieblichen Ebene, wo – wenn überhaupt – oftmals eher betriebsbezogene Lösungen bei Umstrukturierungen und/oder Stilllegungen gefun
den und vereinbart werden.

Geringe Repräsentanz in den Betrieben ...

Wie bereits beschrieben sind die Ge

werkschaften nur noch in der Budget Sphäre besonders stark, d.h. in staatlichen Betrieben bzw. in Betrieben, die noch zur Privatisierung anstehen. Hier allerdings ist in den meisten Fällen – salopp gesagt – nicht mehr viel zu holen. Es handelt sich in diesem Bereich zumeist um eher definierter angelegte Auseinandersetzungen um An

passung von Löhnen und/oder Abfindungs geldern bei Entlassungen. Nur selten sehen sich die Sozialpartner in der Lage zukunfts

orierte Lösungen auszuarbeiten, die auch Perspektiven für neue Qualifikationen und Arbeitsplätze einbeziehen.

Entsprechend der Schwäche der Ge

werkschaften auf der Branchen- und Regionalebene haben sich auf der überbetriebli

chen Ebene bislang mit wenigen Ausnahmen auch auf der Arbeitgeberseite keine starken Verhandlungspartner formiert. Wie der Präsident einer Arbeitgeberverbands sagte, bekomme sie bei den Gesprächen mit Arbeitgebern, die sie zur Mitgliedschaft in ihrem Verband überzeugen wolle, häufig die Frage gestellt: Warum soll ich mich durch einen Verband und seine Vereinba

rungen mit Gewerkschaften binden, wenn ich in meinem Betrieb schalten und wenden kann, wie ich möchte? Dies wirft ein Licht "..."
... jedoch Vereinbarungen zumeist auf betrieblicher Ebene


Vielzahl von Betriebsgewerkschaften, ...

In Polen gibt es - so weisen unterschiedliche Untersuchungen übereinstimmend aus - weit über 20.000 Betriebsgewerk- schaften, wenn auch viele davon nur noch auf dem Papier.


... aber nur zwei große Dachverbände


Deutlich wird das Manöver auch, betrach- tet man die zunehmende Notwendigkeit ei- ner gesamteuropäischen Gewerkschafts- strategie in den meisten Branchen, die längst durch multinationale Unternehmen und deren Politik geprägt werden. Die Pro- bleme wurden allerdings längst erkannt, und in beiden Organisationen werden Diskus- sionen über Strukturreformen geführt. Dies gilt auch in Hinblick auf notwendige Fu- sionen kleinerer Branchenorganisationen.

Neuere Entwicklungen und Ausblick

In jüngster Zeit haben sich die Möglich- keiten einer Zusammenarbeit von NSZZ Solidarność und OPZZ in grundlegenden Fragen wohl verbessert. Ein wesentlicher Hintergrund der Streitigkeiten beider Orga- nisationen ist neben ihren parteipoliti- schen Bindungen die ungelöste Frage der Verteilung des Gewerkschaftsvermögens, das während der Kriegszeit einbehal- ten wurde. Dabei handelt es sich um sehr komplexe und vielfältige Fragen, die nur z.T. auf der Dachverbandserebe geklärt werden können. Hier ist man allerdings zu einer ersten Einigung gekommen, was durchaus auch als Startschuss für weitere Einigungen auf Regional- und Branchenebene gewertet werden kann.


Die OPZZ hat an den Europäischen Gewerkschaftsbund einen Antrag auf Mit- gliedschaft gestellt, der in den kommenden Monaten zur Diskussion steht. Sie wäre die letzte größere Dachorganisation in den Beitragsstaaaten, die den Weg in den EGB fände. Die meisten Erfahrungen in ähnlich gelagerten Fällen (CGT in Frankreich oder CC.OO. in Spanien, aber auch DAG in Deutschland) haben gezeigt, dass eine Mitar- beit auf der europäischen Ebene auch zu einem besseren Miteinander auf der jewei- ligen nationalen Ebene führen kann. Inso- fern ist die aktuelle EGB-Mitgliedsdiskus- sion gewiss auch eine Chance für die pol- nischen Gewerkschaften, erneut an Stärke und Gestaltungskraft zu gewinnen.
... hat ihre Schuldigkeit getan?

von Béla Galgóczi


Der Aufbau der Gewerk- schaften nach der „Wende“

Die Umgestaltung der Gewerk- schaften von parteinahen, staatlich gelenkten Massenorganisationen hin zu freien und un- abhängigen Organisationen verlief in jedem Land anders.


- Der Verband Autonome Gewerk- schaften (ASZSZ, nach eigenen Angaben 222.000 Mitglieder)
- Die gewerkschaftliche Kooperative „For- rum“ (SZEF, nach eigenen Angaben 530.000 Mitglieder)
- Der Gewerkschaftliche Berufsverband (ESZT, nach eigenen Angaben 95.000 Mitglieder).

Zwei Gewerkschaften, die Demokrati- sche Liga unabhängiger Gewerkschaften (98.000 Mitglieder) und die Nationale Assoziation der Betriebsräte (70.000 Mitglieder), wurden zwischen 1988 und 1993 gegrün- det und haben keinerlei Wurzeln im Realsoszialismus.

Ungarn folgte also weder der Tschechoslowak, wo die alten Gewerkschaften zer- schlagen wurden, noch dem polnischen Modell, in dem sich die neue, alternative Solidarnosc zum Rivalen der alten Gewerk- schaften entwickelte. Die alten Gewerk- schaften in Ungarn, die in Verbindung mit dem SZOT-Block standen, behaupteten nach einigen grundlegenden Reformen ihre domi- nierende Position und konnten sich auf ei- nen bemerkenswerten Rückhalt unter den Arbeitern stützen. Die Wahl des Vorstands des Sozialversicherungsfonds und die Wahl des landesweiten Arbeitsrates 1993, die von der Öffentlichkeit als „Gewerkschaftswahl“ wahrgenommen wurden, verfestigten die Dominanz der MSZOSZ bei einer abso-

Das Erbe des Realsozialismus kann als ein Faktor betrachtet werden, der die staatlichen Gewerkschaften in ihrer Rolle als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen versagt haben. Die offiziellen Gewerkschaften begünstigten die gesellschaftliche Ato misierung und den wachsenden Individualismus durch informelle „Tauschgeschäfte“.

Das führte nicht nur zu einem Legitimitätsverlust der Gewerkschaften, sondern be schleunigte vor allem auch die Herausbildung solcher informeller Beziehungen unter den Arbeitnehmern, die den politischen Klimawechsel überlebt hatten.


In den ersten turbulenten Jahren der Transition waren die Gewerkschaften mit ihrem eigenen Überleben und ihrer Selbstlegitimation beschäftigt. Ihre Aktivitäten konzentrierten sich zuerst auf das Feld der Politik, wofür organisatorisch die besten Voraussetzungen bestanden. Sie nahmen eine aktive Rolle im Bereich der Gesetzgebung ein, vernachlässigten aber die Basisarbeit am Arbeitsplatz. Es ist bemerkenswert, dass die Betriebe für die Gewerkschaften lediglich Orte waren, die sie für die Mobilisierung für landesweite politische Kampagnen nutzten. Einer der letzten großen Versuche der Regierung, die Gewerkschaften zu schwächen, war die Einführung von gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsräten, was als Manöver gegen die Präsenz von Gewerkschaften in den Betrieben verstanden wurde und auch so gemeint war. Damit wurden auch die Betriebsratswahlen zu einem Test für die Gewerkschaften, der mit einem Erdrutschstieg der MSZOSZ endete. In dieser Periode, in der die Last, welche die Arbeitnehmer zu tragen hatten, am schwersten war, charakterisierten die Ausdrücke „schwach“ und „ge spalten“ die Gewerkschaften am besten. Das Schweigen der Gewerkschaften war wohl in der Schwäche der Arbeiterbewegung insgesamt begründet.


Nach den Wahlen 1998 veränderte sich die Situation wieder, als die neu gewählte konservative Regierung eine feindselige Haltung gegenüber den Gewerkschaften einnahm, da sie die MSZOSZ als Anhänger der Sozialistischen Partei, die sie den Kampf angesagt hatte, betrachtete. Die selbstverwalteten Körperschaften des Sozialversicherungsfonds wurden per Erlass abgeschafft, der gewerbliche Einfluss bei Gehaltsverhandlungen wurde drastisch eingeschränkt.


Sozialpartnerschaft als Hauptbetätigungsfeld


Es ist nicht zu leugnen, dass die Sozialpartnerschaft große Erfolge aufweisen kann. Eben diese sozialpartnerschaftlichen Körperschaften waren es, die den Gewerkschaften den Weg ebneten und gleichzeitig den Arbeitgeberverbänden gestatteten, auf nationaler Ebene zu agieren und Einfluss auf den Transformationsprozess auszuüben. Manchmal missbrauchten die Regierungsvertreter die Sozialpartner, indem sie bei schwierigen Entscheidungen den Ball an diese weitergaben. Die Sozialpartner gewannen dadurch ihrerseits an öffentlicher Akzeptanz.

Häufig wurde kritisiert, dass Vereinbarungen auf sozialpartnerschaftlicher Ebene die Souveränität des Parlaments einschränken würden. Tatsächlich wurden die Kompetenzen der Sozialpartner nie klar definiert, ihre Abkommen waren aber auch nicht bindend für das Parlament, obwohl dort nie Entscheidungen getroffen wurden, die im Widerspruch zu den Ergebnissen sozialpartnerschaftlicher Übereinkommen standen.


Gewerkschaften am Arbeitsplatz

Die Organisationsgrad der Arbeitnehmer hat sich durchschnittlich von 90 Prozent in den 80er-Jahren auf 40 Prozent der 90er-Jahre verringert, am Ende des Jahrzehnts hat er sich bei 25 bis 30 Prozent eingependelt. Die direkte Vertretung am Arbeitsplatz ist in einem noch größeren Ausmaß zurückgegangen, wo für mehrere Faktoren verantwortlich sind.


Aus dem Englischen von Georg Fuchs.
„Sozialer Dialog“
in weiter Ferne

von Darko Marinković

Einleitung

Die alte Weisheit, wonach die Geschich-
te die Lehrerin des Lebens sei, wird
auch von Geschichte und Gegenwart der
Gewerkschaftsbewegung bestätigt. Die Ge-
werkschaften sind schon seit Jahrzehnten
ein wichtiger Teil der wirtschaftlichen und
politischen Strukturen der entwickelten de-
mokratischen Gesellschaften und der
Marktwirtschaft in Europa und auf der Welt,
ohne die eine stabile sozialökonomische und
politische Entwicklung unmöglich wäre und
auf die sich der soziale Frieden begründet.
Ebenso zeigt die Erfahrung der jüngsten Län-
der, die vor mehr als zehn Jahren mit dem
Fall der Berliner Mauer in den Reformpro-
zess eingetreten sind, dass die bei weitem
positivsten Resultate im wirtschaftlichen,
technologischen und sozialen Bereich dort
erzielt wurden, wo den Gewerkschaften
eine aktive Teilnahme an den Reformpro-
zessen ermöglicht wurde.

Ein Jahr nach den Protesten des vergan-
gen Oktober und dem Sturz des autoritär-
ten Milošević-Regimes unterstreicht auch
die aktuelle Entwicklung in Serbien die
Bedeutung und die Notwendigkeit der Ge-
werkschaften in Transformationsprozess.
Leider wird sie allerdings auf eine sehr spe-
ziale und widersprüchliche Weise bestä-
tigt, nämlich dadurch, dass die Marginali-
sierung der Gewerkschaften unvermeidlich
t zu einer Verschärfung der sozialen Konflik-
te führt und den sozialen Preis der Reform-
en erhöht. Gleichzeitig erlaubt die Ana-
lyse der Rolle der Gewerkschaften auch,
einige Besonderheiten sowie theoretische
und praktische Kontroversen zu beleuch-
ten, die mit dem Transformationsprozess
einer gehen.

Die gegenwärtigen politischen und ge-
sellschaftlichen Entwicklungen in Serbien
und ihre Akteure – die Gewerkschaften ein-
geschlossen – bilden einen Sonderfall des
Transformationsprozesses, der sich deutlich
don den Vorgängen in den anderen Ländern
Zentral- und Osteuropas unterscheidet. Das
serbische Beispiel hat gleichzeitig eine brei-
tere theoretische und praktische politische
Bedeutung. Es zeigt, wie und warum ge-
sellschaftliche Entwicklung eine extrem
negative und rückwärtsgewandte Wendung
nehmen können, mit Folgen, deren Bewälti-
gung Jahrzehnte dauern wird. Gleichzei-
tig erweist es sich, dass die Gesellschaft und
ihre Akteure sich nur sehr langsam und
schwer vom ideologischen, politischen und
moralischen Erbe der Vergangenheit, von
den Lebensgewohnheiten der vorausgegan-
gen Periode und von vermeintlichen und
tatsächlichen Privilegien zu befreien ver-
mögen. Diesen gesamten widersprüchli-
chen und konflikträchtigen Prozess kann
man als schmerzhaften Bruch mit der Ver-
gangenheit definieren. Allen ist klar, dass
nichts mehr wie früher bleiben kann, da der
gesellschaftliche Wandel definitiv begon-
nen hat und es keine Macht gibt, die ihn
aufzuhalten vermag. Die Frage ist nur, wel-
che Folgen, positive und negative, dieser
Wandel mit sich bringen wird.

Gleichzeitig versucht jeder einzelne
Akteur der politischen Szene – politische
Parteien, Unternehmer und Gewerkscha-
ten – gemäß seinen ideologischen Werten
und praktischen materiellen und politischen
Interessen, einen kleineren oder größeren
Teil des vergangenen Systems zu erhalten.
Mit anderen Worten: Es besteht keine so
deutliche Polarisation der politischen und
gewerkschaftlichen Szene in Serbien mehr
wie sie noch unter Milošević anzutreffen
war. Es ist daher nur logisch zu erwarten,
dass diese Vielschichtigkeit des politischen
und gewerkschaftlichen Lebens ein dauer-
hafter Faktor und Ausdruck des Pluralis-
mus bleiben wird.

Die Rolle des Staates

Der Staat hat in der Auflösung der er-
wählten Widersprüche eine Schlüssel-
rolle; gleichzeitig ist er aber auch eine der
Hauptursachen der gesellschaftlichen Kon-
flikte. Er hält alle Hebel der Macht in sei-
nen Händen und nur er ist in der Lage, die
unvermeidlichen radikalen Maßnahmen
durchzusetzen, die zum endgültigen Bruch
mit der Vergangenheit und zum Aufbau ei-
nes neuen Systems nötig sind.

Das war eines der entscheidenden Wahl-
ersprechen aufgrund dessen die Mehrheit
der Wähler im Jahr 2000 der früheren Op-
position und heutigen Regierung ihr Ver-

Für die Gewerkschaftsbewegung in Serbien als Ganzes heißt das, dass sie eine größere Rolle spielen muss, die deutlich über den gewöhnlichen Rahmen der Aufgaben einer Gewerkschaft hinausreicht. Dabei darf nicht aus den Augen verloren werden, dass sich in entwickelten Demokratien die Rolle der Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten nicht mehr nur im klassischen Bereich gewerkschaftlicher Aktivität abspielt, sondern sie aktiv am politischen Entscheidungsfindungsprozess und an der Bestimmung der Leitlinien der sozialökonomischen und politischen Entwicklung beteiligt sind. In Serbien ist diese Rolle noch schwieriger, weil der Aufbau neuer Institutionen des Mehrparteiens-Parlamentarismus und der Marktwirtschaft erst im Gange ist. Das bedeutet, dass die Gewerkschaften gezwungen sind, um ihren eigenen Fortbestand beziehungsweise um die Schaffung eines gesellschaftlichen Umfelds zu kämpfen, in denen die Gründung und die Tätigkeit demokratischer Gewerkschaften und Reformen im Interesse der Arbeitnehmer möglicherweise möglich sind.

Die Wirtschaftskrise


<table>
<thead>
<tr>
<th>Grundlegende Wirtschaftsindikatoren der Republik Serbien</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>BSP pro Kopf (USD)</strong> 1989: 2.935</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Preisindex gegenüber Vormonat (Juli/Juni '01): 102,4</strong> gegen Dezember 2000: 127,7</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Index der Lebenshaltungskosten gegenüber Vormonat (Juli/Juni '01): 101,8</strong> gegen Dezember 2000: 131,7</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Zahl der Beschäftigten Juni '01: 1.559.610</strong> Jänner '01: 1.576.909</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Zahl der Arbeitslosen Juni '01: 845.670</strong> Jänner '01: 819.368</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Durchschnittsnettolohn Juni '01: 4.976 Dinar</strong> Jänner '01: 3.821 Dinar</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Verzögerte Reformen

Diese Gefahr steht in engem Zusammenhang mit der erwarteten und der tatsächlichen Dynamik der sozialen und wirt-
Die Verabschiedung grundlegender Gesetze für die gewerkschaftliche Arbeit wird ungerecht fertiger Weise verzögert. Noch immer ist ein altes Gesetz in Kraft, das die Institution einer sogenannten „Mehreigenschaftsgewerkschaft“ festschreibt, die allein dazu berechtigt ist Kollektivverträge auszuhändeln — ein eindeutiger Fall von Diskriminierung der Gewerkschaften. Auch das Gesetz über die Vertretung der Gewerkschaften ist noch nicht angenommen worden — dies wäre erst die Grundlage für die Ordnung der Verhältnisse in der gewerkschaftlichen Szene.

- mehr Transparenz bei der Privatisierung bzw. eine klare Definition der Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozess
- ein umfassendes Sozialprogramm für die Privatisierung und die Bereitstellung von Mitteln für seine Umsetzung
- die Auszahlung der ausstehenden Löhne gemäß dem Kollektivvertrag vor Beginn der Privatisierung

Die Unzufriedenheit der Arbeiter wurde durch Verbote und Hindernisse in der gewerkschaftlichen Betätigung noch verstärkt. Letztere bestanden aus Obstruktion in so sensiblen Bereichen wie der Anwerbung neuer Mitglieder und der Formie rung von neuen gewerkschaftlichen Or ganisationen sowie der allgemeinen Gewerkschaftstätigkeit, der Niederlassung von Verpflichtungen im Hinblick auf technische Voraussetzungen gewerkschaftlicher Arbeit, die sich aus den Kollektivverträgen ergeben, und aus verschiedenen Formen des Drucks auf Mitglieder und Aktivisten der einzelnen Gewerkschaften. Viele Informationen sprechen dafür, dass die Fälle der Verletzung gewerkschaftlicher Rechte und Freiheiten jetzt zahlreicher sind als unter Milošević. Besonders schlimm ist die Lage in den Betrieben, in denen die Ge-

Problem der Gewerkschaftsbewegung

Der Kern des Konflikts zwischen Regierung und Gewerkschaften liegt also in den Fragen nach dem Ausweg aus der Krise, nach den sozialen Kosten der Transformation und nach der Aufteilung der Kosten auf die einzelnen sozialen Schichten. Leider legen viele Schritte und Entscheidungen der Regierung den Schluss nahe, dass sie die Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften im Reformprozess nicht versteht. Die Regierung scheint die Gewerkschaften gegenüber nicht sehr freundlich gesinnt zu sein. Sie will sie offenbar marginalisieren und Entscheidungen über Fragen, welche die materielle und soziale Situation der Beschäftigten betreffen, komplett ausschließen. Das wird in vielen Fällen deutlich, in denen die gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte verletzt, Gewerkschaftsaktivisten verfolgt, ratiﬁzierte Konventionen gebrochen und die neue Arbeitsgesetzgebung grundlos verzögert wurden.


Die Hauptgründe dafür sind:
- das generell ungünstige Umfeld für Organisationen und Aktivitäten von Gewerkschaften
- restriktive und repressive Gesetze
- die Verletzung der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten
- Konflikte in der Gewerkschaftsführung
- die Verteidigung von Partikularinteressen
- Spaltungen entlang politischer Bruchlinien

Initiative zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, zur Schaffung flexibler Beschäftigungsformen und zur Einrichtung von Ausbildungsprogrammen zeigen, um die Menschen zur Arbeit in der Privatwirtschaft zu befähigen.

Besonderen Unmut und Zweifel innerhalb der Arbeiterchaft und der Gewerkschaften ruft berechtigerweise das Fehlen einer umfassenden und transparenten Antwort auf die Frage nach dem sozialen Preis der Transformation und den sozialen Folgen hervor. Es ist offensichtlich, dass es nicht ausreicht einfach nur darauf zu warten, dass die Strukturreformen anfangen konkrete Resultate im Sinne einer Verbesserung des Lebensstandards der einfachen Menschen zu bringen. Daher muss eine optimale Kombination struktureller, langfristiger und spezifischer Reformschritte vor Ort unternommen werden, die auch in kurzer Zeit konkrete und sichtbare Resultate im Bereich der wirtschaftlichen Aktivität auf betrieblicher Ebene, der Beschäftigung und der Entlohnung bringen. Hier müssen die Regierung und die Sozialpartner weit mehr...

 Gewerkschaftsorganisationen

In der gespaltenen und fragmentierten Gewerkschaftszene (an den Verhandlungen mit der serbischen Regierung im August 2001 über die Entlohnung der Angestellten des Bildungssektors nahmen beispielsweise rund 60 Gewerkschaften teil) dominierten gemäß ihrer Mitgliederzahlen und ihres Einflusses drei Gewerkschaftsverbände:


Es war nicht wirklich zu erwarten, dass es zwischen solch unterschiedlichen Organisationen auch nur irgendeine Form der Zusammenarbeit gäbe, und tatsächlich existiert eine solche das facto auch nicht. Natürlich hat das negative Auswirkungen auf die reale Macht der Gewerkschaftsbewegung als Ganzes und auf ihren Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Gesellschaft, was folglich zu einer Verstärkung der Intensität der Arbeitskonflikte in der Industrie und zu Instabilität in der gesamten Gesellschaft führt.


Resümee


Die Analysten sind sich in der Einsichtung einig, dass der Reformprozess begonnen hat und nicht aufzuhalten ist. Alle Meinungsumfragen zeigen eine deutliche Mehrheit für die Fortsetzung der Reformen und die Erwartung, dass es zu Veränderungen kommen wird. Unklar ist nur, in welche Richtung dieser Reformprozess verlaufen


Erstaunlicherweise hat das wissenschaftliche Niveau die Lesbarkeit der Beiträge nicht beeinträchtigt. Die Spannung ist im Gegenstand der untersuchten Thematik angelegt. Das Mosaik Deutsch-Tschechisch-Slowakischer Beziehungen birgt gewaltige Vexierbilder, die sich aus der historischen Distanz heraus noch deutlicher abzeichnen. Jetzt hat der Leser die Gelegenheit Tore zu öffnen, um Licht in die nachbarschaftliche Angelegenheit zu bringen.

Volker Strebel

...alle Verhältnisse umzuwerten, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtseltes, ein verlassenes Wesen... Karl Marx

Dr. SoZ - Sozialistische Zeitung

Kostenlose Probeausgabe bestellen! SoZ-Verlag, Düsseldorf, 75-77, D-50674 Köln
Tel.: (02 21) 9 23 11 98 - Fax: (02 21) 9 23 11 97
E-mail: soz@soz.com

41